

Information über die Sitzung des Gemeinderats am 03. Februar 2009

Wirtschaftsplan für den Eigenbetrieb Palatinum für das Jahr 2009

Die Verwaltung hat den Wirtschaftsplan für 2009 erstellt, der im Erfolgsplan in den Einnahmen und Ausgaben mit je 886.150,00 € und im Vermögenshaushalt in den Einnahmen und Ausgaben je 435.700,00 € ausgeglichen ist. Eine Verlustausweisung ist nicht erforderlich, da die Gemeinde Zuweisungen für den Schuldendienst über 701.750,00 € und einen Betriebskostenanteil über 62.300,00 € übernimmt.

Darlehen und Verpflichtungsermächtigungen sind nicht erforderlich. Der Höchstbetrag des Kassenkredites wird auf 250.000,00 € festgesetzt.

Einstimmiger Beschluss:

Der Wirtschaftsplan 2009 für das Palatinum wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.

Wirtschaftsplan der Abwasserbeseitigungseinrichtung für das Jahr 2009

Die Verwaltung hat den Wirtschaftsplan für 2009 erstellt, der im Erfolgsplan in den Einnahmen und Ausgaben mit je 2.210.600,00 € und im Vermögensplan in den Einnahmen und Ausgaben mit je 680.000,00 € ausgeglichen ist. Der Bilanzgewinn wird voraussichtlich 114.100,00 € betragen.

Darlehen und Verpflichtungsermächtigungen sind nicht erforderlich. Der Höchstbetrag des Kassenkredites wird auf 500.000,00 € festgesetzt.

Einstimmiger Beschluss:

Der Wirtschaftsplan 2009 der Abwasserbeseitigungseinrichtung wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.

Haushaltssatzung 2009 erstmals mit doppischem Haushaltsplan

Der Ergebnishaushalt schließt mit einem Fehlbetrag von 556.671,00 € ab. Dies ist ursächlich darauf zurückzuführen, dass erstmals der Werteverzehr (Abschreibungen) und die Rückstellungen für Pensionen, zusammen 1.422.171,00 €, als Aufwendungen nachzuweisen sind. Diesen Ausgaben stehen als Einnahmen die Auflösungen aus den Sonderposten von 542.380,00 € gegenüber. Die Saldierung dieser beiden Positionen ergibt ein Minusbetrag von 879.791,00 €. Der ausgewiesene Fehlbetrag würde sich ohne diese beiden Größen zu einem Plus von 323.120,00 € umkehren.

Der Finanzhaushalt weist nach Gegenüberstellung der Ein- und Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit ein Defizit von 1.199.430,00 € aus. Dieser Betrag erhöht sich um die planmäßigen Darlehenstilgungen von 131.500,00 € auf 1.330.930,00 €. Zum Ausgleich dieses Betrages werden der Rücklage 430.930,00 € entnommen. Zur Restfinanzierung der Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen ist die verzinsliche Kreditaufnahme von 900.000,00 € vorgesehen.

Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt. Die Höchstbeträge der Kredite zur Sicherung der Kassenliquidität werden auf 3.000.000,00 € festgesetzt.

Die Eröffnungsbilanz wird bis September 2009 erstellt.

Haushaltsrede von Bürgermeister Hans-Dieter Schneider:

Sehr geehrte Herren Beigeordnete,
verehrte Damen und Herren des Gemeinderates,
liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,
verehrte Gäste und Vertreter der Presse,

der zum Beschluss durch den Gemeinderat Mutterstadt vorliegende erste doppische Produkthaushalt für das Jahr 2009 mit Haushaltssatzung, Ergebnis- und Finanzhaushalt, Stellenplan sowie Investitionszeitenplan für die Jahre 2009 bis 2012 ist in den Fachausschüssen und im Haupt – und Finanzausschuss am 13. Januar 2009 vorberaten worden. Alle Ausschüsse gaben eine einstimmige Beschlussempfehlung an den Gemeinderat.

Eine wichtige Grundlage für die Einschätzung der konjunkturellen Entwicklung und damit verbundener Parameter, die sich auf unseren Gemeindehaushalt auswirken, waren wieder die Leitlinien für die kommunale Haushaltswirtschaft 2009.

Diese wurden vom Ministerium des Innern und für Sport des Landes Rheinland-Pfalz Anfang Dezember 2008 veröffentlicht, und darin wird unter anderem festgestellt:

Haushaltswirtschaft 2009 der kommunalen Gebietskörperschaften

Leitlinien für die kommunale Haushaltswirtschaft 2009

A. Allgemeine finanzwirtschaftliche Rahmenbedingungen

1. „Nach dem kräftigen wirtschaftlichen Aufschwung der letzten Jahre ist seit dem Frühjahr 2008 eine deutliche konjunkturelle Abkühlung eingetreten. Es ist damit zu rechnen, dass die Abschwächung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität in das Jahr 2009 hinein anhält. Risiken für die deutsche Wirtschaft gehen vor allem von den verschlechterten außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen aus.“

Auch bestehen große Unsicherheiten darüber, in welchem Umfang die Finanzmarktkrise die gesamtwirtschaftliche Aktivität in Deutschland belasten wird. Stabilisierende Effekte sind dagegen von den Nettolöhnen und -gehältern je Arbeitnehmer und einer Rückbildung der Inflation zu erwarten. Das Wirkenlassen der automatischen Stabilisatoren und die von Bund, Ländern und Kommunen auf den Weg gebrachten Maßnahmen zur Förderung privater und öffentlicher Investitionen und zur Belebung des Konsums tragen zur Stabilisierung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung bei.

2. Die internationale Finanzmarktkrise zeigt, wie wichtig ein handlungsfähiger Staat ist. Der Bund und die Länder sind mit dem im Oktober 2008 beschlossenen Finanzmarktstabilisierungsgesetz ihrer gesamtstaatlichen Verantwortung gerecht geworden. Die Funktionsfähigkeit der Finanzmärkte und damit die Kredit- und Kapitalversorgung der deutschen Wirtschaft ist gewahrt. Die Belastungen für die öffentlichen Haushalte dürften insgesamt begrenzt bleiben.
3. Die strukturelle Konsolidierung der öffentlichen Haushalte bleibt das vorrangige Ziel der Finanzpolitik in Deutschland. Strukturell ausgeglichene Haushalte sind die Voraussetzung dafür, dass die Politik auch bei nachlassender wirtschaftlicher Dynamik handlungsfähig bleibt und die automatischen Stabilisatoren ihre volle Wirkung entfalten können. Die bisherigen Konsolidierungserfolge in Bund, Ländern und Kommunen gilt es zu sichern und langfristig auszubauen. Die im Rahmen der Föderalismusreform angestrebte Schuldenbegrenzung muss gerade in Anbetracht der aktuellen Entwicklungen verwirklicht werden, um auch nachfolgenden Generationen einen angemessenen finanziellen Gestaltungsspielraum zu erhalten."

B. Haushaltswirtschaftliche Lage der Kommunen in Rheinland-Pfalz

Die Finanzsituation der kommunalen Gebietskörperschaften in Rheinland-Pfalz ist weiterhin angespannt, obwohl in den vergangenen Jahren große Anstrengungen unternommen wurden, die in Schieflage geratenen Haushalte zu konsolidieren.

Die Haushaltsentwicklung ist in den letzten Jahren, insbesondere von 2006 bis 2008, durch kontinuierliche Steuerzuwächse begünstigt worden, allerdings konnte trotz dieser positiven Vorzeichen in vielen Fällen kein Haushaltsausgleich oder gar ein Schuldenabbau (Verringerung der Altfehlbeträge) erreicht werden.

Die Konsolidierung des Haushalts und der Abbau der überdurchschnittlichen Verschuldung muss daher vorrangiges Ziel sein, um so auf Dauer die finanzielle Leistungsfähigkeit wieder herzustellen. Dies erfordert, neben der Ausschöpfung aller Einnahmequellen, die konsumtiven Aufwendungen weiterhin auf den notwendigen Bedarf zu beschränken. Die positive Einnahmeentwicklung der letzten Jahre darf nicht dazu verleiten, neue Zahlungsverpflichtungen einzugehen.

Unter Berücksichtigung der derzeitigen Gesamtsituation kann nicht davon ausgegangen werden, dass sich zusätzliche Spielräume bei der Finanzierung der Aufgaben ergeben.

Ausblick auf die voraussichtliche Entwicklung der Haushaltswirtschaft der Gemeinde Mutterstadt für das Jahr 2009 im Rahmen der Doppik

Nach § 1 Absatz 1 des Landesgesetzes zur Einführung des neuen kommunalen Finanzwesens „Doppik“ (KommDoppikLG vom 02.03.2006) haben die Gemeinden ab dem Haushaltsjahr 2007 ihre Bücher nach den Regeln der doppelten Buchführung zu führen. Der Gesetzgeber war sich dessen bewusst, dass die Umstellung auf das neue kommunale Finanzwesen mit Schwierigkeiten verbunden sein würde. In Kenntnis dieser Tatsache wurde den betroffenen Körperschaften eine 2-jährige Übergangsfrist eingeräumt. Der Gemeinderat Mutterstadt hat auf Vorschlag der Verwaltung von dieser Ermächtigung Gebrauch gemacht und die Einführung der Doppik zum 01.01.2009 beschlossen.

Die kommunale Doppik ist in ein Drei-Komponenten-System gegliedert. Wesentliche Elemente sind einmal der Ergebnishaushalt, zum anderen der Finanzhaushalt und letztlich die Vermögensrechnung (Bilanz).

Im Ergebnishaushalt werden die für die Erfüllung der Aufgaben voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen dargestellt.

Wesentlich neu und von immenser Bedeutung ist, dass hier nun jährlich die Abschreibungen für den Vermögensverzehr (Ressourcenverbrauch) und die Rückstellungen für Beamtenpensionen nachgewiesen werden.

Den Abschreibungen sind als Erträge die jährlichen Auflösungen aus den Sonderposten (erhaltene Zuweisungen für getätigte Investitionen) und die Auflösungen aus den Versorgungsrückstellungen gegenüberzustellen.

Im Finanzhaushalt werden alle tatsächlichen Ein- und Auszahlungen (Geldfluss) des laufenden Haushaltsjahres nach dem Kassenwirkungsprinzip nachgewiesen. Insoweit werden dort auch die für die Investitionen erforderlichen Finanzmittel aufgezeichnet. Im Finanzhaushalt nicht nachgewiesen werden die nicht zahlungswirksamen Positionen wie z.B. die Abschreibungen.

Die Vermögensrechnung (Bilanz) weist zum Bilanzstichtag das kommunale Vermögen in Aktiva und Passiva aus und gibt detailliert Auskunft über die Vermögensstruktur und die Schulden der Gemeinde. Das Vermögen (Anlage-, Umlauf- und Immaterielle Vermögen) ist vollständig zu erfassen und den Schulden gegenüberzustellen. Der sich ergebende Differenzbetrag stellt das Eigenkapital dar. Die zum 01.01.2009 zu erstellende Bewertung des Anlagevermögens ist noch nicht endgültig ermittelt, da das Stichtagsdatum noch nicht erreicht ist.

Die Eröffnungsbilanz wird zeitnah aufgestellt und dem Gemeinderat im Laufe des Jahres 2009, laut gesetzlichen Vorgaben bis spätestens 30. November zur Beschlussfassung vorgelegt.

Den Haushaltsplan 2009 ergänzt ein Investitionszeitenplan für die Jahre 2009 bis 2012. Dieser entspricht im Großen und Ganzen dem bisherigen kamerale Investitionsprogramm. Aufgrund der Systemänderung im doppischen Haushalt ist die Aufzeichnung und direkte Gegenüberstellung der in den Jahren 2007 und 2008 durchgeführten Maßnahmen nicht übertragbar. Der Gesetzgeber hat deshalb von einer Angabe der Vorjahresdaten bei der Umstellung auf die Doppik Abstand genommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

auch wenn viele, insbesondere verschuldete Kommunen, es sich anders erhofft haben:

die Finanzsituation unserer Gemeinde wird sich durch die Einführung der doppischen Haushaltsführung nicht verbessern.

Sie erschließt keine neuen Einnahmequellen, erhöht jedoch die Aufwandseite durch die Berücksichtigung der AfA und der Pensionsrückstellungen in erheblichem Maße.

Dadurch stehen im Ergebnishaushalt den Einnahmen von 13.757.890,00 € nun Ausgaben von 14.314.561,00 € gegenüber, was zum Ausweis eines Jahresfehlbetrages von 556.671,00 € führt.

Den in den Ergebnishaushalt aufzunehmenden Aufwendungen für die AfA (1.098 T€) und den Pensionsrückstellungen (324 T€) fließen Erträge aus Auflösungen von 599 T€ zu. Nachdem sich dieses Verhältnis nach derzeitigem Ermessen nicht umkehren lässt ist abzusehen, dass bei gleichbleibender Gesetzeslage für künftige Jahre kein Haushaltsausgleich mehr möglich ist.

Die Steuereinnahmen und Ausgleichsleistungen des Landes sind, gemäß den bereits zitierten Leitlinien, kontinuierlich fortgeschrieben und lassen in der Gesamtsumme einen Mehrertrag von ca. 330 T€ erwarten.

Die öffentlich rechtlichen und die privatrechtlichen Leistungsentgelte sowie die Kostenerstattungen und Kostenumlagen (Mieten und Pachten, Passgebühren, Elternbeiträge, Bestattungsgebühren, Feldwegebeiträge, Gebühren der Bücherei, Personalkostensätze, Kindergartenbeiträge, Verwaltungskostensätze von Palatinum und Kanal u.a.) werden 1.380 T€ erbringen und lassen aus Gründen des Systemswechsels keinen plausiblen Vergleich mit den Vorjahren zu.

Die sonstigen laufenden Erträge (Konzessionsabgaben, ruhender Verkehr u.a.) und die Zinseinnahmen sind mit 1.003 T€ veranschlagt und entsprechen denen des Vorjahres.

Im Bereich der Ausgaben sind die Personalkosten mit insgesamt 4.492 T€ berechnet und beinhalten neben den zahlungswirksamen Ausgaben von 4.168 T€ die nicht zahlungswirksamen Zuführungen zu den Pensionskassen (324 T€).

Ohne die zu veranschlagenden Kosten für die Pensionskassen würde die Kostensteigerung gegenüber dem Vorjahr rund 326 T€ betragen. Die tariflichen (3,0 %) und die gesetzlichen (3,5 %) Entgelt- und Gehaltserhöhungen sowie die erhöhten Versorgungs- und Sozialabgaben sind in die Berechnung eingeflossen. Die Kosten für Sach- und Dienstleistungen sind im Planjahr mit insgesamt 2.011 T€ veranschlagt und entfallen überwiegend auf Gas (247 T€), auf Strom (402 T€), auf Wasser und Straßenentwässerung (417 T€), Reinigungskosten (102 T€), Gebäudeunterhaltung (138 T€), Unterhaltung der Straßen (75 T€) u.a.

Die Abschreibungen betragen 1.098 T€ und beinhalten nur für den Aufbau der Straßen, Wege und Plätze 608 T€. AfA für gezahlte Investitionszuschüsse, für bebaute Grundstücke, für die Verwaltungs- und Schulgebäude, für die Fahrzeuge und die Betriebs- und Geschäftsausstattung runden die Aufwendungen ab.

Für Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen sind 5.852 T€ bereitgestellt. Hiervon entfallen u.a. auf das Palatinum 764 T€, auf den Personal- und Sachkostenzuschuss der kirchlichen Kindergärten 230 T€, auf die Gewerbesteuerumlage 417 T€ und insbesondere auf die Kreisumlage 4.036 T€. Zur Kreisumlage ist anzumerken, dass diese gegenüber dem vergangenen Jahr um 457 T€ ansteigen wird.

Die Aufwendungen zur sozialen Sicherung und die sonstigen laufenden Aufwendungen erfordern ca. 775 T€ und weichen gegenüber den Planansätzen des Vorjahres in nicht erwähnenswertem Umfang ab. Die zu erbringenden Zinsaufwendungen orientieren sich an den derzeit laufenden Darlehensverträgen und sind entsprechend der Tilgungsleistungen mit 65 T€ fortgeschrieben. Zur Finanzierung von Kassenkrediten sind 5 T€ bereitgestellt. Als Erträge aus der Auflösung von Sonderposten stehen, wie zuvor bei der AfA erwähnt, 599 T€ zur Verfügung.

Die investiven Maßnahmen der Jahre 2009 bis 2012 sind im Investitionszeitenplan detailliert aufgezeichnet.

Wesentliche Investitionen in 2009 sind demnach:

Ein neues Tanklöschfahrzeug 16/25 für die Freiwillige Feuerwehr für 345.000,00 €

neue PC's für die beiden Grundschulen in Höhe von 18.000,00 €

Zuschüsse für Umbauten am Rudolf-Wihr-Schulzentrum Limburgerhof in Höhe von 230.000,00 €

Zuschüsse für die Schaffung von Zweijährigenplätzen am prot. Kindergarten 2 mit einem Betrag von 350.000, €

der gleiche Verwendungszweck für den kath. Kindergarten mit 550.000,00 €

Gehwegeausbau in der Ringstraße für 160.000,00 €

Erneuerung von Straßenleuchten 30.000,00 €

Grunderwerb für Ausgleichsflächen 20.000,00 €

erste Maßnahmen für die Südspange in Höhe von 80.000,00 €

Beginn der Friedhofserweiterung mit einem Teilbetrag von 490.000,00 €

Start des nördlichen landwirtschaftlichen Umfahungsweges mit einer Teilsumme von 370.000,00 €

Insgesamt sind für das Jahr 2009 Auszahlungen für die Investitionstätigkeiten in Höhe von 2.893.050,00 € vorgesehen, denen

Einzahlungen von 1.418.600,00 € gegenüber stehen. Somit verbleibt ein Differenzbetrag von 1.474.450,00 € für den der Überschuss der ordentlichen Einnahmen von 275.020,00 € bereit steht.

Der verbleibende Betrag von dann 1.199.430,00 € ist mit dem zur Darlehenstilgung erforderlichen Betrag von 131.500,00 € zu saldieren, so dass ein Fehlbetrag von 1.330.930,00 € zu finanzieren ist. Zum Ausgleich dieses Betrages werden der Rücklage

430.930,00 € entnommen und 900.000,00 € als Darlehen auf dem Kreditmarkt aufgenommen. In den Folgejahren werden die Investitionen dann ebenfalls mit Darlehen zu finanzieren sein, wenn die Grundstückserlöse nicht in der entsprechenden gewünschten Größenordnung realisiert werden können.

Verpflichtungsermächtigungen sind im Haushaltsplan für 2009 nicht ausgewiesen.

Dem Haushaltsplan ist der Stellenplan beigegeben, der die nach § 6 Abs. 5 GemHVO erforderlichen Stellen ausweist.

Demnach arbeiten 2009 bei der Gemeindeverwaltung Mutterstadt 16 Beamte und 83 tariflich Beschäftigte. Dies sind 99 Personen und damit eine weniger als 2008. Hinzu kommen zwei Auszubildende.

Personelle Veränderungen haben sich vorwiegend aus Gründen des Eintritts in den Ruhestand und sich daraus ergebenden Neubesetzungen vakanter Stellen ergeben.

Liebe Ratsmitglieder, meine sehr geehrten Damen und Herren,

der erste vorliegende doppische Produkthaushalt ist durch seinen Aufbau, seine Aufgliederung in Einzelprodukte und seine Darstellungsform für uns alle ein Novum. Ein Novum ist für uns in Mutterstadt aber auch die Tatsache, dass wir einen Ergebnishaushalt mit einem Jahresfehlbetrag, und zwar wie bereits dargestellt von mehr als 550.000,00 €, vorliegen haben.

Das waren wir freilich in den nun vergangenen Zeiten kameralistischer Haushalte mit ausgeglichenen Verwaltungshaushalten nicht gewohnt.

Wie ebenfalls schon dargestellt liegt dies an der jetzt neuen Aufnahme des kommunalen Vermögens und seinem Ressourcenverbrauch in Form von Abschreibungen sowie der Berücksichtigung von Personal-Versorgungsaufwendungen. Damit wollten die kommunalen Spitzenverbände und der Gesetzgeber mehr Transparenz und Vergleichbarkeit in die kommunalen Haushalte bringen.

Tatsächlich belasten Abschreibungen und Versorgungsaufwendungen auf dem Papier in erheblichem Maße unseren Ergebnishaushalt, ohne dass diese hohen Beträge tatsächlich zahlungswirksam sind und andererseits auch nicht erwirtschaftet werden können. Diesen Belastungen stehen kaum Einnahmemöglichkeiten oder Steuerentlastungen gegenüber, wie dies bei Unternehmen der freien Wirtschaft der Fall ist. So können und wollen wir beispielsweise sicherlich keine Mieten im Haus der Vereine oder gar Straßen-Wegzölle verlangen, und bei Sporthallen ist uns die Erhebung von Hallenmieten durch das Sportförderungsgesetz sogar untersagt.

Dies bedeutet, dass uns freiwillige Leistungen in Form von öffentlichen Einrichtungen für unsere Bürgerschaft und Vereine jetzt mehr als bisher belasten.

Die Verwaltung sieht derzeit auch keine Spielräume dies entscheidend zu ändern.

In zahlreichen anderen Kommunen ist die Situation vergleichbar.

Andererseits besagt die Gesetzeslage derzeit, dass der Ergebnishaushalt maximal

5 Jahre nacheinander Fehlbeträge ausweisen darf.

Hier besteht also Gesprächs- und Handlungsbedarf bei den kommunalen Vertretern und beim Gesetzgeber! Ich persönlich bin der

Meinung, dass die Transparenz über den Werteverzehr durch Darstellung der Abschreibungen erhalten werden soll. Die Rechnungswirksamkeit ohne dass tatsächlich Gelder fließen und ohne mögliche dagegenzustellende Einnahmen macht aber keinen Sinn.

Im Gegenteil, Kommunen die investieren werden dafür noch „bestraft“ und dies könnte in Zukunft sogar Investitionstätigkeiten von kommunaler Seite verhindern.

Unabhängig von diesen Begleiterscheinungen der doppischen Haushaltsführung ist uns allen jedoch seit längerem bewusst, dass in diesem und den vor uns liegenden Jahren erhebliche Großinvestitionen zu erbringen sind.

Der Rat mit seinen Ausschüssen und die Verwaltung sind daher umso mehr gefordert, jede einzelne Maßnahme auf Nutzen, Notwendigkeit und Kostenhöhe mit den einhergehenden Folgekosten einschließlich Abschreibungen genauestens zu prüfen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich möchte bei aller aufgezeigten Problematik und den zahlreichen großen Zukunftsaufgaben aber auch darauf verweisen, dass wir bei der Beurteilung der dauernden Leistungsfähigkeit unserer Gemeinde nach wie vor ein positives Ergebnis vorliegen haben..

So ergibt sich aus dem Saldo der ordentlichen und außerordentlichen Ein- und Auszahlungen abzüglich der Auszahlungen zur planmäßigen Tilgung von bereits genehmigten und von geplanten, aber noch nicht genehmigten Investitionskrediten für das Jahr 2009 eine verbleibende „freie Finanzspitze“ von 118.000,00 €

Und auch für die Folgejahre zeichnen sich positive Beträge ab.

Eine Gegenüberstellung zum Jahresende 2008 von Vermögen in Höhe von 7,611 Mio. € und Darlehensverbindlichkeiten in Höhe von 7,531 Mio. € (einschließlich Palatinum) zeigt zudem, dass unsere Gemeinde auch ohne die Berücksichtigung von Grund- und Sondervermögen unterm Strich schuldenfrei ist.

Und dies bei einer Infrastruktur, die mit mehreren Großsporthallen, Palatinum, Walderholungsstätte, Sportpark, Haus der Vereine und Senioren-Treff, um nur einige wichtige Beispiele zu nennen, im Umfeld sicherlich ihres Gleichen sucht.

Wir bieten damit unseren Bürgerinnen und Bürgern positive Standortfaktoren für gute Lebensqualität und haben dadurch eine ausgezeichnete Ausgangsbasis für den kommenden Wettbewerb unter den Kommunen als Folge der prognostizierten demografischen Entwicklung.

Wenn es um den Erhalt unserer Infrastruktur geht, so gilt es jetzt für uns ganz aktuell auch die Chancen zu nutzen, die das Konjunkturpaket II den Kommunen bietet. Innerhalb dieses Paketes stehen in Rheinland-Pfalz ca. 625 Mio. Euro zur Verfügung, die im Verhältnis 65/35 für die Bereiche Bildung und kommunale Infrastruktur aufgeteilt werden. Hinzu kommen 22 Mio. Euro für die Verzinsungen vorfinanzierter kommunaler Eigenanteile, so dass für die nächsten drei bis vier Jahre weder Zins noch Tilgung für die Kommunen anfallen sollen. Dann eventuell fällige Rückzahlungen können sich durch Einsparungen zumindest teilweise amortisieren. Allerdings werden nur Projekte gefördert, die noch nicht in wirksamen Haushaltsplänen ausgewiesen sind. Bei uns sind demnach die energetische Sanierung gemeindeeigener Wohngebäude, Wärmedämmungsmaßnahmen und vor allem eine neue Heizungsanlage für Rathaus und Neue Pforte oder auch Wärmedämmung und neue Heizung im Kegelcenter mögliche Projekte. Eine Vorprüfung ist bereits in die Wege geleitet und nach Beratung in den zuständigen Gremien soll bis Mitte April, wie vom Land gefordert, eine Anmeldung der Maßnahmen erfolgen. Ein Nachtragshaushaltsplan ist hierfür ausdrücklich nicht erforderlich. Die Förderhöhen werden nach aktuellen Aussagen, je nach Leistungsfähigkeit der Kommune, zwischen 60% und 90% betragen. Diese Möglichkeiten nachhaltig zu investieren und dabei viel Geld zusparsen sollten wir uns nicht entgehen lassen! Selbstverständlich ist die Verwaltung auch für weitere Projektvorschläge im Sinne eines nachhaltigen Klimaschutzes oder einer langfristigen Kostenersparnis offen.

Ebenfalls nutzen wollen wir das aktuell aufgelegte Förderprogramm des Landes für Bolzplätze zur dringenden Sanierung des Bolzplatzes am Haus des Kindes. Hierfür gibt es eine 40%ige Bezuschussung bzw. maximal 20.000,00 Euro.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

Abschließend bedanke ich mich ganz herzlich für die vertrauensvolle Zusammenarbeit im abgelaufenen Jahr. Bei der Erstellung und bei den Vorberatungen des vorliegenden Haushaltsplanes haben sich die Herren Beigeordneten Klaus Lenz, Klaus Leicht und Volker Strub und die Damen und Herren von Gemeinderat und Fachausschüssen engagiert eingebracht und durch konstruktive Beratungen und Anregungen zum Gelingen entscheidend beigetragen.

Mein ganz besonderer Dank gilt speziell in diesem Jahr jedoch

den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der gesamten Verwaltung und insbesondere

der Finanzverwaltung unter Federführung von Herrn Hammer, Frau Helm und Frau Renner, die diesen ersten doppischen Haushalt der Gemeinde Mutterstadt auf den Weg gebracht haben.

Das Thema „Doppik“ war für alle Kolleginnen und Kollegen Neuland und der vorliegende Haushaltsplan lässt nicht im Entferntesten erahnen, welcher zusätzliche Aufwand für seine Erstellung notwendig war. Ich nenne hier nur beispielhaft vorbereitende Schulungen, Abstimmungsgespräche und Erfahrungsaustausch mit anderen Verwaltungen, das sich vertraut machen mit neuen Inhalten, Strukturen, Darstellungsvorgaben und Software, das Denken in Produkten, die komplette Erfassung aller Vermögensgegenstände und des Anlagevermögens der Gemeinde und natürlich die Kenntnis bzw. den Umgang mit Prozessen der kaufmännischen Buchführung bzw. Bilanzerstellung. Diese Aufzählung vollständig fortzusetzen hieße den Rahmen einer Haushaltsrede bei weitem zu sprengen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

alle diese Arbeiten wurden ohne zusätzliches Personal bei vergleichsweise nur bescheidener zugekaufter externer Unterstützung umgesetzt und parallel dazu gab es keinerlei Einschränkungen beim normalen Dienstleistungsangebot für unsere Bürgerschaft und die Entscheidungsgremien.

Dies ist durchaus nicht in allen Kommunen so reibungslos und ohne Personalmehraufwand gelaufen, und dafür verdient unsere gesamte Verwaltungsmannschaft höchsten Respekt!

Ebenfalls erwähnen möchte ich die gute Zusammenarbeit und aktive Unterstützung intern durch die Gleichstellungsbeauftragte und den Personalrat sowie verwaltungsextern durch die Lokale Agenda 21, den Partnerschaftsverein, die Jugendvertretung und jetzt auch den Seniorenbeirat.

Ihnen allen gilt dafür ebenfalls mein herzlicher Dank.

Ich bitte Sie dem vorliegenden ersten doppischen Produkthaushalt für das Jahr 2009 mit Haushaltssatzung, Ergebnis- und Finanzhaushalt, Stellenplan sowie dem Investitionszeitenplan für die Jahre 2009 bis 2012 zuzustimmen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Haushaltsrede von Martin Binder (CDU):

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Schneider,
verehrter Beigeordneter Herr Leicht und,
liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat,
meine Damen und Herren!

Bewertung des Haushaltes

Der erste doppische Haushalt ist da. Mit dem Ende der Kameralistik brechen auch für uns Ratsmitglieder neue Zeiten an. Wir hoffen, dass sich die neue Transparenz und Vergleichbarkeit der Doppik, auch für uns nicht Fachleute über die Jahre einstellt. Wir gehen davon aus, dass in Zukunft die Zuordnung von Verantwortlichkeiten sowie der Kosten und Erträge zu einzelnen Maßnahmen erleichtert werden.

Gewöhnungsbedürftig ist, dass die Gemeinde trotz freier Finanzspitze den Haushalt in diesem Jahr nicht ausgleichen kann. Ursächlich dafür ist, dass die Abschreibungen, die auch früher nicht erwirtschaftet wurden, erstmals im Haushalt mit aufgeführt werden müssen. Die zurzeit größten Investitionsmaßnahmen, nämlich die Umgestaltung unserer Kindergärten, können nur durch Schulden finanziert werden. Diese Darlehen sind jedoch eine gute Investition in die Zukunft.

Unter dem Motto „Wir machen Mutterstadt fit für die Zukunft“ steht die heutige Haushaltsrede der CDU-Fraktion.

Familienfreundliches Mutterstadt

Über allen einzelnen Themen steht für die CDU-Fraktion ein familienfreundliches Mutterstadt. Dazu gehören für uns vor allem unsere Kindergärten, unsere Grundschulen, die Belebung des Ortsmittelpunktes sowie unser Mutterstadter Wald als Naherholungsraum für alle Generationen.

Kindergärten

Die CDU hat alle Schritte zum Ausbau der Kindergärten in Mutterstadt unterstützt. Im Jahre 2010 besteht ein Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für alle 2-jährigen und ab 2013 auch für alle 1-jährigen Kinder. Dies sind notwendige Schritte, um Beruf und Familie für unsere Bürger vereinbar zu machen. Die geplanten und zum Teil schon begonnenen Umbaumaßnahmen sind sinn- und maßvoll. Die Gemeinde beteiligt sich finanziell in erheblichem Maße am Umbau unserer Kindergärten. Allerdings ist es auch die Pflicht unserer Gemeinde, ausreichend Plätze zur Verfügung zu stellen. Wir sind deswegen froh, auch in Zukunft, gemeinsam mit den beiden Kirchengemeinden als Partner diese Angebote zur Verfügung stellen zu können. Hierbei unterstützt die CDU Fraktion auch in den kommenden Jahren alle Bemühungen der Kindergärten, ihre nicht leichter werdende Aufgabe umzusetzen. Nicht zuletzt trägt auch die kürzlich beschlossene Erhöhung der Zuschüsse je Kindergartengruppe auf 3.000,00 Euro im Jahr dieser Entwicklung Rechnung. Bei einem Blick in die Zukunft dürfen wir nicht vergessen, dass mit dem nun in Planung befindlichen Angebot nach dem Umbau vorerst nur die 2-Jährigen versorgt sind. Für die Zeit nach 2013 - mit einem Rechtsanspruch auch der 1-Jährigen - werden weitere Maßnahmen auf uns zukommen.

Die Einrichtung eines reinen Waldkindergartens sieht die CDU-Fraktion kritisch. Infolge der eingeschränkten Öffnungszeiten in einem solchen Kindergarten sehen wir große Probleme bei der Gleichbehandlung unserer Mutterstadter Kinder. Wir wollen nicht, dass mit einem Waldkindergarten ein Angebot geschaffen wird, welches nur von einer kleinen, ausgewählten Gruppe wahrgenommen werden kann.

Die Verwaltung sollte vielmehr in einem ersten Schritt allen Mutterstadter Kindergärten die Möglichkeit eröffnen, einen Waldaufenthalt in ein gesamtpädagogisches Konzept einzubauen. Darin kann auch die Einrichtung von Waldgruppen in den bestehenden Kindergärten erfolgen. Das zu entwickelnde Konzept muss mit den Bedürfnissen der Kindergärten abgestimmt werden.

Senioren und Familien

Zu einem familienfreundlichen Mutterstadt gehört für die CDU-Fraktion, dass unsere Gemeinde für alle Generationen lebenswert ist. Wir möchten, dass unser Heimatort den Bedürfnissen und Interessen von Alt und Jung gerecht wird. Die CDU-Fraktion unterstützt alle Bestrebungen, die Familienfreundlichkeit in Mutterstadt zu verbessern. Was in anderen Gemeinden mittels Mehrgenerationenhaus auf den Weg gebracht werden soll, ist ein guter Ansatz, kann und wird uns aber auch auf anderem Weg gelingen.

Wichtig für Familien - jung wie alt - sind sichere Verkehrswege. Ob für Senioren auf dem Weg ins Ortszentrum, für junge Familien beim Spazierengehen oder für Kinder auf dem Weg zur Schule. Die innerörtlichen Verkehrswege, für die die Gemeinde verantwortlich ist, müssen sicher gestaltet werden. Zum Beispiel der Schulweg mit der Querung an der Speyererstraße Höhe Ludwigstraße: er ist noch immer nicht, wie von uns vorgeschlagen, entschärft. Bei diesem Schritt sollte auch die grundsätzliche Neuregelung der Ludwigstraße angegangen werden. Gleichzeitig sollten wir nicht vergessen, dass viele Kinder von der Mandelgrabenschule kommend auch noch über die Waldstraße müssen, welche durch die höhere Einfahrgeschwindigkeit nicht minder gefährlich ist.

Für die Verbesserung der Wohnsituation und der Freizeitmöglichkeiten unserer Senioren sehen wir noch viel Potenzial. Durch eine Ortskernerneuerung mit Bereichen, in denen man sich gerne aufhält und verweilt, und mit den neu festgelegten Mindestgehwegbreiten werden Voraussetzungen geschaffen, die Ortsmitte zu beleben. Wir erhoffen uns daraus auch eine Verbesserung für das innerörtliche Gewerbe und damit auch eine verbesserte Versorgung der Bürger in Wohnnähe.

Mit unserem Antrag zur Errichtung eines ersten Spielplatzes für Jung und Alt im Ort, mit der Bestandsaufnahme zur Spielplatzsituation in Mutterstadt und mit der Entwicklung eines Ausbaukonzeptes, gehen wir weitere Schritte auf diesem Weg.

Die Boccia-Bahn wird wohl im Frühjahr verwirklicht werden können. Der dort angedachte Kinderspielbereich wurde zwar mehrfach ins Kalkül gebracht, passiert ist aber nichts. Die CDU wird in dieser Angelegenheit auf die Umsetzung ihres Antrags bestehen.

Für Senioren und Behinderte ist der Zugang zu vielen Gebäuden der Gemeinde nicht zufriedenstellend. So erachten wir einen barrierefreien Zugang zum Rathaus für erforderlich. Wir denken da zum Beispiel an Rollstuhlfahrer, Senioren mit Gehhilfen oder Mütter mit Kinderwagen. Wir beantragen, entsprechende Maßnahmen für einen barrierefreien Rathauszugang rasch umzusetzen.

Unser Seniorentreff hat eine neue Perspektive. Mit dem Engagement von Frau Kercher wird der Betrieb mit einem gut strukturierten Wochenprogramm fortgeführt. Musikveranstaltungen, Film- und Diaabende, Tagesfahrten etc. runden die Aktivitäten ab. Herzlichen Dank an Frau Kercher und an alle ehrenamtlichen Helfer für den vorbildhaften Einsatz und weiterhin guten Erfolg.

Wenn die Arbeit des neu gewählten Seniorenbeirates richtig ins Laufen gekommen ist, sind wir sicher, dass der Gemeinderat und die Verwaltung viele Anregungen auf den Tisch bekommen werden. Dem Vorsitzenden, Herrn Almstedt, und seinen Mitstreitern wünschen wir ein gutes Gelingen ihrer Arbeit.

Schule

Die CDU unterstützt, wie bereits gesagt, die Einrichtung einer Ganztagschule in Mutterstadt. In erster Linie, weil damit die Schüler gefördert werden aber auch, weil berufstätige Eltern entlastet werden können. Das heißt aber, die Nachmittagsbetreuung darf nicht zu einer bloßen Aufbewahrung verkümmern. Es muss eine sinnvolle schulbegleitende Förderung der Schüler erfolgen. Die Landesmittel hierfür sind reichlich knapp bemessen. Die CDU ist sich daher bewusst, dass mit der Umsetzung auf unsere Gemeinde erhebliche Kosten und auf die Schulleitung erhebliche Arbeit zukommt. Wir gehen davon aus, dass aus räumlichen Gründen nur die Mandelgrabenschule geeignet ist. Die Erfahrung mit der Umsetzung solch eines Ganztagsunterrichts sowohl von Herrn Schuster als auch von Frau Zinkgraf an ihren jeweiligen früheren Wirkungsstätten stimmen uns zuversichtlich. Wir werden die Schulleitung bei allen Maßnahmen unterstützen, die die Umsetzung zu einem wirklichen Gewinn für die Schüler und für die berufstätigen Eltern macht.

Ortskernentwicklung

Sehr geehrte Damen und Herren, kommen wir nun zu einem, wenn nicht dem zentralen Punkt der nächsten Haushaltsperiode: der Ortskernentwicklung

In Mutterstadt wurden in den letzten 3 Jahrzehnten viele notwendige Einzelmaßnahmen zugunsten der Bürger entwickelt und umgesetzt: Schulen, Kindergärten, Haus der Vereine, Neue Pforte mit Jugendtreff, Neues Rathaus, Sportpark, Seniorentreff, Palatinum und zuletzt das neue Feuerwehrgerätehaus. Dies macht die gute Infrastruktur aus, für die Mutterstadt von seinen Bürgern immer wieder gelobt wird.

Was aber auch immer wieder bemängelt wird, ist das unschöne Bild unseres Ortskerns. Viele Mutterstadter stören sich am Bild der Ortsmitte, das unattraktiv ist, eher abstoßend wirkt und nicht gerade für den Standort Mutterstadt wirbt.

Andere Kommunen haben ihre dahingehenden Probleme schon erkannt. Sie entwickeln und verschönern ihr Zentrum. Und in Mutterstadt?

Die CDU hat sich in den letzten Jahren intensiv mit den Fragen der Ortskernerneuerung und Dorfentwicklung beschäftigt und ist zu dem Ergebnis gekommen:

Es müssen wirklich neue Ansätze her. Erinnern wir uns noch daran, dass früher einmal eine autofreundliche Umgestaltung der Ortsmitte mit bis zu 5 Fahrspuren angedacht war?

Die CDU hatte im April 2008 die Initiative ergriffen und zu einem Dialog der Parteien, Vereine, Kirchen, Gewerbetreibenden und der Einwohner im Ortszentrum eingeladen. Es wurden Möglichkeiten angesprochen von Fußgängerbereichen, verkehrsberuhigten Mischflächen, vom Umbau vorhandener Plätze, von der Neugestaltung eines Dorfplatzes, der Förderung des innerörtlichen Gewerbes, der Stärkung der Achse Ortskern-Friedhof, und von Vielem mehr. Der Umbau der Ludwigshafener Straße mit Kreisellösung bringt über den Wegfall der Linksabiegespuren neue Gestaltungsmöglichkeiten. Auch das beim Ortstermin uns eindrucksvoll „vors Ohr“ geführte Lärmproblem soll damit angegangen werden.

Ziel sollte es sein, ein der Gemeinde angepasstes Konzept zu entwickeln, dass die Belebung des Ortszentrums, z.B. durch eine Fußgängerzone oder einen abgeschirmten Platz mit Bewirtschaftung, vorsieht. Tatsache ist, dass unsere Hauptstraßen attraktive Geschäfte zum Bummeln haben. Es besteht aber keine Möglichkeit, z.B. im Sommer bei einem Glas Wein oder Bier, bei Kaffee und

Kuchen oder einem Eis, an einem ruhigen Plätzchen zu verweilen. Dass die Mutterstadter ihren Ort, ihre Straßen und Plätze erleben wollen, sehen wir jedes Jahr bei der Kerwe oder dem Fastnachtsumzug. Ein solcher Magnet fehlt übers Jahr.

Noch vor Ende der jetzigen Wahlperiode sollten wir uns parteiübergreifend über die weitere Vorgehensweise einig werden, um den Planungsprozess zügig auf den Weg zu bringen. Ohne ein neues Gesamtkonzept können sich unsere anstehenden Umbaumaßnahmen wie Ludwigshafener Straße oder Kreisel in der Ortsmitte als unzureichend oder sogar als kontraproduktiv erweisen. Die CDU-Fraktion hat eine erste positive Äußerung des Bürgermeisters beim diesjährigen Neujahresempfang des Gewerbevereins in dieser Richtung aufmerksam und mit Genugtuung registriert.

Konkret schlagen wir ein Gremium mit Vertretern der Parteien und gegebenenfalls Gewerbetreibenden und interessierten Bürgern vor. Dieses Gremium soll Vorgaben für eine konkrete Planung erarbeiten.

Verkehr

Die Ortskernentwicklung geht einher mit einigen Verkehrsmaßnahmen, auf die wir lange gewartet haben. Sie sind endlich auf den Weg gebracht oder befinden sich in der Umsetzung.

Ich denke wir alle erwarten, dass die Anbindung der L524 an die B9 endlich unseren Ort vom LKW Verkehr entlastet! Die Verkehrsminderung würde nicht nur die Verkehrssicherheit auf unseren Straßen erhöhen, sondern auch massiv den Lärm reduzieren. Weniger LKW Verkehr im Ort erhöht die Lebensqualität für alle Mutterstadterinnen und Mutterstadter. Wir werden weiterhin für ein LKW-Durchfahrtsverbot kämpfen.

Das zweite große Verkehrsthema, der landwirtschaftliche Verkehr, wird mit der Nordumfahrung hoffentlich weitestgehend gelöst. Die dringend notwendige Entlastung für den Medardusing, aber auch für die Ortsmitte, sollten die Folge sein. Wichtig für die CDU-Fraktion ist, dass dieser Weg nun auch von den Landwirten genutzt wird.

In diesem Zusammenhang dürfen wir aber auch nicht vergessen, dass Speyerer Straße, Waldstraße, Schifferstadter Straße und von-Ketteler-Straße ebenfalls eine Entlastung benötigen. Im Rahmen der Überlegungen zur Südspange sollte deswegen frühzeitig an eine Südumfahrung für Traktoren um den Ort gedacht werden.

Wie bereits erwähnt steht mittelfristig der Umbau Ludwigshafener Straße sowie der damit verbundene Umbau der Straßen in der Ortsmitte an. Hier spricht sich die CDU-Fraktion klar für eine Kreisellösung im Ortsmittelpunkt aus. Die sich daraus ergebenden Chancen für unseren Ort habe ich oben bereits skizziert. Begleitend dazu müssen wir die Radwege in das Ortszentrum verbessern und an der Ludwigshafener Straße Höhe Jahnstraße/Schulstraße über eine Fußgängerquerung nachdenken.

Bürgerbüro

Oftmals hat die CDU, wie in vielen früheren Haushaltreden nachzulesen ist, ein Bürgerbüro gefordert. Das ist nun verwirklicht und arbeitet zur großen Zufriedenheit der Bürger. Die CDU-Fraktion hat sich über die gute Bewertung des Services durch unsere Bürger gefreut.

Nun gilt es nachzudenken, was wir als Gemeinde weiterhin tun können, um unseren Bürgerinnen und Bürgern möglichst umfangreich Dienstleistungen der Verwaltung anzubieten.

Warum können Mutterstadter Bürger nicht auch Ihr Auto im Mutterstadter Rathaus anmelden?

Andere Kommunen des Landkreises sind mit gutem Beispiel voran gegangen. Im Norden, in Heßheim und im Süden, in Dudenhofen besteht bereits diese Möglichkeit? Warum nicht auch in der Mitte, in Mutterstadt?

Dies wäre eine wichtige Dienstleistung für unsere Bürger. Wenn es dazu notwendig sein sollte, dass die Räume von Gemeindeseite kostenlos zur Verfügung gestellt werden, wie in Dudenhofen, sollte es daran ja wohl nicht scheitern.

Wir werden diesen Punkt zeitnah als Antrag einbringen.

Geruchsbelästigung

Wie die Auswertung der Gemeinde zeigt, hat die Geruchsbelästigung in Mutterstadt nachgelassen, ist aber noch nicht gänzlich verschwunden. Die CDU-Fraktion registriert positiv die Bemühungen der Firma Zeller, die Geruchsemissionen weiter zu verringern.

Kultur

Jugendtreff

Die CDU hat in der Vergangenheit immer wieder gefordert, dass der Jugendtreff nach außen geht. In diesem Bereich scheint endlich Bewegung in die zukünftige Ausrichtung zu kommen. Die ersten Treffen, die stattgefunden haben, lassen hoffen. Mit den größeren werdenden Problemen von lautstarken Jugendlichen im Bereich des Rathauses und der Neuen Pforte bis hin zu Autorennen in der Umgebung des Palatinums gibt es ja auch reichlich Ansatzpunkte. Die CDU-Fraktion erwartet, dass die begonnene Zusammenarbeit mit dem kriminalpräventiven Rat, dem Kreisjugendamt und der Polizei weiter ausgebaut wird.

Kulturetat

Für die Festivitäten zum Jubiläum des Palatinums im vergangenen Jahr wurde eine eigene - wenn auch kleine - Haushaltsstelle für Veranstaltungen der Gemeinde eingerichtet.

Diese Haushaltsstelle sollte auch in Zukunft für ähnliche kulturelle Veranstaltungen beibehalten werden. Das würde zur Bereicherung unseres Ortslebens beitragen. Für die CDU-Fraktion ist es selbstverständlich, dass solche Aktivitäten gemeinsam mit den Mutterstadter Vereinen durchgeführt werden.

Städtepartnerschaften

Für unsere Städtepartnerschaften gilt es, die vorhandenen Beziehungen mit Oignies und Praszka zu stärken und weiter auszubauen.

Neuen Partnerschaften steht die CDU-Fraktion eher skeptisch gegenüber. Es macht keinen Sinn, Schilder von möglichst vielen Partnergemeinden an den Ortsausgängen aufstellen zu wollen. Primäre Aufgaben muss es sein, zunächst die bestehenden Partnerschaften mit Leben zu füllen.

Energiesparen

Leider hat sich im Bereich „Energiesparen“ bei der Gemeinde weniger getan, als wir uns als CDU-Fraktion gewünscht hätten. Mit unserem Antrag zur Dimmung der Straßenbeleuchtung und mit zahlreichen weiteren Anregungen zur Energieeinsparung wollten wir versuchen, mit gutem Beispiel voran zu gehen. Leider ist die Durchführung der Maßnahmen bislang noch nicht sonderlich erfolgreich gewesen. Wir wissen aber auch, dass die fehlende Umsetzung des Antrages zur Straßenbeleuchtung nicht an der Gemeinde sondern an den Pflanzwerken hängt.

Dennoch würden wir uns in den anderen Bereichen manchmal etwas mehr Tatkraft wünschen. Man bekommt gelegentlich den Eindruck, dass nicht alle Beteiligten voll hinter dem Wunsch einer konsequenten Umsetzung des Energiesparens stehen. Dies ist zwar mit Arbeit verbunden, aber der Umwelt zu Liebe sollte es uns das wert sein.

Die CDU-Fraktion erneuert Ihr Angebot, hierbei aktiv mitzuarbeiten und ihre Ideen mit einzubringen.

Ebenso freut es uns von Herrn Bürgermeister Schneider zu hören, dass er die Chancen des Konjunkturpaktes II gerade in diesem Bereich nutzen will.

Wald, Erholung und Umwelt

Die Nutzer des Waldes begrüßen die Renaturierung des Entenweihers. Die Gemeinde könnte, eventuell über Patenschaften, die Anzahl der Bänke im Wald erhöhen. Dies würden sicher auch unsere Senioren zu schätzen wissen.

Viele Jogger und Spaziergänger beklagen seit Jahren, dass sie sich durch freilaufende Hunde im Wald bedroht fühlen. Dass Hundehalter sich mit fehlenden Schildern aus Richtung Limburgerhof herausreden können, sollte möglichst schnell durch Gespräche mit der dortigen Verwaltung abgestellt werden.

In der Flur im Osten der Gemeinde - östlich des Pflanzrings in Richtung Maudach und Rheingönheim - fehlt sichtbar das Grün. Die Renaturierung stillgelegter Äcker sollte als Chance genutzt werden.

Um die Planung der Süd-Spange ist es still geworden. Wir bitten die Verwaltung, demnächst in einer öffentlichen Sitzung Auskunft über den Sachstand „Planung Süd-Spange“ sowie über die lokalen Maßnahmen zu geben.

Emmerich-Haus

Der Verkauf des Johann-Wilhelm-Emmerich-Hauses an den Türkisch-Islamischen Kulturverein e.V. in Mutterstadt steht auch für Integrationsbemühungen in unserer Gemeinde. Die CDU-Fraktion konnte sich vor Ort ein Bild von den Umbaumaßnahmen machen. Es ist erfreulich, dass hier positive Zeichen gesetzt werden und der Verein sich schon in der Umbauphase offen präsentiert. Wir hoffen, dass diese positiven Ansätze sich weiterentwickeln.

Sport

Im Sportbereich hat die Gemeinde im vergangenen Jahr viel Geld investiert, Geld, das sinnvoll angelegt ist. Mit einem neuen Kunstrasenplatz haben die Vereine im Sportpark die besten Voraussetzungen erhalten.

In unseren Sporthallen stand die Sanierung der Leimbinder an, welche aus Sicherheitsgründen für die Schüler und Sportvereine unumgänglich waren.

Agenda 21

In ihrem Indikatorenbericht zeigt die lokale Agenda 21 nicht nur im Bereich der Energieeffizienz, was in Mutterstadt verbessert werden kann. Dieses Vordenken der Agenda 21 ist auch für unsere Ratsarbeit wichtig. Hierfür und für die vielen weiteren Anregungen gilt allen Mitarbeitern der Agenda 21 unser herzlicher Dank.

Gerade bei dem großen Thema der Ortskernerneuerung hoffen wir auch weiterhin auf eine rege Beteiligung von Seiten der Agenda 21. Bei der Radwegplanung und beim Verlauf der Schulwege wurde bereits hilfreiche Arbeit geleistet.

Bürgerstiftung

Ein weiteres gutes Beispiel für ein Engagement der Bürger in unserer Gemeinde ist die neue Bürgerstiftung. Den Verantwortlichen und Handelnden danken wir für die Arbeit und hoffen, dass der Schwung vom guten Start mit in die Zukunft genommen werden kann.

Bibliothek

Seit Jahren hervorragende Arbeit leisten Frau Bauer und alle in der Bibliothek Mitwirkenden. Man kann ohne Übertreibung sagen, dass sie die Gemeindebibliothek zu einem Aushängeschild für unseren Ort gemacht haben. Die verschiedenen Aktionen und vielen Angebote für Jung und Alt führten dazu, dass die Anzahl der Nutzer sich positiv entwickelt. Vielen Dank!

Freiwillige Feuerwehr

Mit der Anschaffung eines neuen Tanklöschfahrzeuges bringen wir unsere freiwillige Feuerwehr auf den notwendigen Stand, um ihre Aufgaben in Mutterstadt und in der Umgebung zu erfüllen. Wir danken an dieser Stelle allen Wehrleuten für ihren Dienst. Das gilt auch besonders für die Arbeit mit der Jugendfeuerwehr.

Zustimmung

Ich möchte zum Abschluss keine wirtschaftspolitischen Schreckensszenarien an die Wand malen. Der Haushaltsplan der Gemeinde ist nach unserer Ansicht solide aufgestellt. Wir können auf dieser Basis unsere Gemeinde fit für die Zukunft machen.

In diesem Sinn möchte die CDU-Fraktion der Verwaltung für ihre Arbeit danken. Insbesondere danken wir denjenigen Mitarbeitern in der Verwaltung, die an der Erstellung des vorliegenden Haushaltsplanentwurfs beteiligt waren, allen voran Frau Helm und Herrn Hammer. Nicht zuletzt danken wir Ihnen beiden auch dafür, dass sie uns den Haushaltsentwurf und die doppelte Haushaltsführung auf unserer Klausurtagung ausführlich erläutert haben. Es zeigt sich, dass die verlängerte Anstellung von Herrn Hammer eine gute Entscheidung war; es zeigt sich aber auch, dass Frau Helm bestens für ihre künftige Aufgabe vorbereitet ist.

Ebenso bedankt sich die CDU-Fraktion auch in diesem Jahr bei allen Kolleginnen und Kollegen im Rat für die gute und konstruktive Zusammenarbeit.

Die CDU-Fraktion stimmt der vorliegenden Fassung des Haushaltes der Gemeinde Mutterstadt für das Jahr 2009 zu.

Haushaltsrede von Thosten Leva (SPD):

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Herren Beigeordnete,
sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung
liebe Ratskolleginnen und Kollegen,
meine Damen und Herren,

„Städte und Gemeinden trotzen der Krise - Kommunen verbuchen Haushaltsüberschuss“ - so war es vor wenigen Tagen im Handelsblatt zu lesen.

Ob dies überall so zutrifft? Nun, in Mutterstadt können wir uns auch in diesem Jahr nicht beklagen. Doch wenn wir die Lage in der Bundesrepublik sehen, stellen wir fest, dass sie nicht mehr so rosig ist, wie sie es noch vor einem Jahr war. Durch die Gier einiger Bankenmanager, durch eine bisher nie bekannt gewordene Fehlentwicklung im internationalen und deutschen Bankengeschäft wurden wir in unserer Republik in einen Strudel nach unten gezogen, wie wir es vielleicht noch nie in unserer neueren Geschichte erlebt haben. Daher ist zu erwarten, dass die Überschrift im Handelsblatt für das vor uns liegende Jahr sicher nicht mehr diese Gültigkeit hat. Dennoch haben wir durch das jetzt verabschiedete Konjunkturpaket II der Bundesregierung die große Chance, auch bei geringer werdenden Steuereinnahmen wichtige Investitionen durchzuführen. Dies ist nicht nur für unsere Gemeinde von großer Bedeutung, sondern auch für die regionale Wirtschaft, um die Arbeitsplätze zu erhalten.

Insgesamt stehen auf der Grundlage dieses Programms für Rheinland-Pfalz rund 625 Millionen Euro, überwiegend für kommunale Investitionen, in den Jahren 2009 und 2010 zur Verfügung. Wir sollten deshalb die Chance nutzen, jetzt wichtige Investitionen, die wir aus finanziellen Gründen noch nicht angegangen sind, umzusetzen. Die SPD-Fraktion geht davon aus und ist sich sicher, dass unser Bürgermeister Hans-Dieter Schneider dem Gemeinderat demnächst gute und sinnvolle Vorschläge machen wird, damit wir auch in Mutterstadt von diesem Konjunkturpaket partizipieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Der vorliegende Haushalt 2009 ist eine Kalkulation für das laufende Jahr und zusammen mit dem Investitionszeitenplan eine Prognose für die Folgejahre bis 2012. Diese Kalkulation wird aktuell überschattet durch die allgemeine Wirtschaftslage - Stichwort „Finanzkrise und Rezession“ - und die Einschätzungen erschwert durch die Umstellung auf einen doppelten Haushalt, worauf ich zuerst eingehen möchte.

Mit der Einführung der Doppik für das Haushaltsjahr 2009 ist für die Kommunen ein neues finanzpolitisches Zeitalter angebrochen. Die bisher übersichtliche und verständliche kameralistische Finanzwirtschaft ging mit dem abgelaufenen Haushaltsjahr zu Ende.

Ergebnishaushalt, Finanzhaushalt, Teilhaushalte, Produktübersicht und weitere fachliche Bezeichnungen sind Ordnungsbegriffe, mit denen wir uns in Zukunft auseinandersetzen dürfen. Wir haben uns auch Dank der Mithilfe unserer Finanzabteilung in die Thematik eingearbeitet und gewinnen mehr und mehr den Überblick über die durch die Einführung gewünschte Transparenz. Die Konsequenzen für unsere Gemeinde werden immer deutlicher.

Es war aus heutiger Sicht richtig, mit diesem Haushaltssystem nicht vorzupreschen, sondern die zugestandene, zweijährige Übergangsphase voll auszunutzen. Vorab soll der Verwaltung, namentlich unserem Finanzchef Achim Hammer mit seinem motivierten Team, ausdrücklich für ihr Engagement gedankt werden, das mit dem vorliegenden Zahlenwerk verbunden war. Sie haben uns als ehrenamtliche Ratsmitglieder durch persönliche Beratungen und Erläuterungen in die Lage versetzt, Licht in dieses neue Finanzsystem

zu bringen. Erschwerend kommt in diesem Zusammenhang hinzu, dass ein direkter Vergleich mit den Ergebnissen der Vorjahre zuverlässig nicht möglich ist.

Bevor ich näher auf den Haushalt 2009 eingehe, möchte ich aus unserer Sicht einen kurzen Rückblick auf das abgelaufene Jahr werfen.

Seit dem 01.07.2007, also nunmehr seit anderthalb Jahren, ist unser Bürgermeister Hans-Dieter Schneider im Amt. Es ist bemerkenswert, was sich in dieser relativ kurzen Zeit in unserer Gemeinde, nicht zuletzt durch sein Engagement und seine Initiativen getan hat.

Ich erinnere unter anderem an die großen Projekte wie

- die Einweihung des neuen Kreisels und des Radweges nach Limburgerhof. Hier soll auch nicht unerwähnt bleiben, dass unsere Landtagsabgeordnete Hannelore Klamm durch ihre ständigen, nachdrücklichen Initiativen in Mainz wesentlich zum zeitnahen Abschluss dieser Maßnahmen beigetragen hat.
- Des Weiteren der Baubeginn der Anbindung L524 an die B9, die wohl Anfang nächsten Jahres endlich die lang ersehnte innerörtliche Verkehrsentslastung bringen wird.
- Die Inbetriebnahme des neuen Kunstrasens im Sportpark

Aber auch vielfältige „kleinere Ereignisse“ wurden im Interesse unserer Bürger zügig und unbürokratisch realisiert. Beispielhaft nenne ich

- die Neuorganisation des Seniorentreffs unter Federführung der Gemeinde. Hier sei auch Frau Kercher gedankt, deren Engagement über das Übliche weit hinausgeht.
- Die Konstituierung des Seniorenbeirates, welche auf einen Antrag der SPD Fraktion zurückgeht.
- Verkehrsberuhigende Maßnahmen unter anderem in der Waldstraße, Robert-Blum- und Jahnstraße. Die beiden letzten gingen ebenfalls auf einen Antrag der SPD Fraktion zurück. Wir konnten uns Ende 2008 zusammen mit den Anwohnern davon überzeugen, dass diese Maßnahmen Verbesserungen gebracht haben. Jedoch sind hier noch Feinschliff und weitere Maßnahmen notwendig, um eine komplette Zufriedenheit erreichen zu können.
- Hervorzuheben ist auch die verwaltungsseitige Unterstützung der Bürgerstiftung zu Gunsten der Mutterstadter Bürger. Vielen Dank an Frau Otto, die diese Initiative ins Leben gerufen hat und an die Mitstifter und Verantwortlichen, die sie mit Leben füllen.
- Es wurden neue Ortseingangsschilder mit Hinweis auf unsere Partnergemeinden aufgestellt.
- Eine Stadtwetze wurde mit engagierter Beteiligung vieler Mutterstadter gewonnen und für die katholische Kirche konnte dadurch eine Spende eingespielt werden.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, lieber Hans-Dieter, wir können dich nur ermuntern und auffordern, mit deinem bürgernahen Engagement auch in diesem Jahr fortzufahren. Ich möchte dir dabei für meine Fraktion unsere vorbehaltlose Unterstützung zusichern. Nun zum vorliegenden Haushaltsplan

„Der Verwaltungshaushalt ist nicht nur ausgeglichen, sondern es können, bzw. konnten auch erhebliche Mittel dem Vermögenshaushalt zugeführt werden“. Das war die positive Kernaussage in den zurückliegenden Jahren, sowohl bei der Verabschiedung der jeweiligen Haushalte als auch bei Vorlage der Jahresrechnungen. Hinweis dazu: auch letztmals im Jahr 2008 ist mit einem Überschuss von rund 800.000,00 € zu rechnen.

Völlig anders sieht zumindest die Kalkulation für 2009 aus: Die Verwaltung rechnet mit einem Fehlbetrag von 556.000,00 €. Hauptursache sind dabei zweifellos die sogenannten buchmäßigen Abschreibungen, die mit sage und schreibe rund 1,1 Mio € in den Ergebnishaushalt einfließen müssen, ohne dass auf der anderen Seite nennenswerte Einnahmen entgegenstehen können. Hier werden nach unserer Überzeugung Gemeinden benachteiligt, die in den zurückliegenden Jahren im Interesse ihrer Bürger, insbesondere in sozialen, kulturellen und sportlichen Bereichen eine hervorragende Infrastruktur aufgebaut haben.

Das kann nicht im Sinne des neuen Finanzsystems sein, zumal wir selbst auch für die nachfolgenden Jahre wohl nicht in der Lage wären, diese negative Entwicklung zu korrigieren, ohne einschneidende Kürzungen von freiwilligen Leistungen für unsere Bürger und Vereine durchzuführen.

Hier ist der Gesetzgeber aufgefordert, entsprechende Überarbeitungen vorzunehmen, damit nicht zahlreiche Gemeinden ohne eigene Gegensteuerungsmöglichkeiten dauerhaft unausgeglichene Ergebnishaushalte vorlegen müssen, obwohl sie an ihrer bisherigen Leistungsfähigkeit nichts eingebüßt haben.

Einnahmen

Ich möchte nun schwerpunktmäßig über den gesamten Haushalt die wesentlichen Einnahmen ansprechen und dabei mit einem gewissen Vorbehalt einen Vergleich zu den Vorjahren ziehen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Auswirkungen der aktuellen Finanzkrise sowohl bei den Einnahmen aus der Gewerbesteuer, wie auch bei der zugewiesenen Einkommensteuer ungewiss sind.

Die Grundsteuern A und B sind kontinuierlich fortgeschrieben.

Auch die Gewerbesteuer bleibt mit rund 2,2 Mio € auf dem Niveau von 2008. Hier ist zu hoffen, dass der befürchtete wirtschaftliche Abschwung auch für uns keinen Einnahmeneinbruch bringt.

Der Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer (5.275.000,00 €) bleibt nach wie vor unsere Haupteinnahmequelle.

Die erhofften Einnahmen von 780.000,00 € aus der Veräußerung von Bauland sind, wie in den letzten Jahren, mit einem Fragezeichen zu versehen. Wir können jedoch den Ansatz in dieser Höhe so akzeptieren.

Die Verwaltung plant eine Kreditaufnahme von 900.000,00 €. Das können wir relativ problemlos verkraften, nachdem im letzten Jahr der Schuldenstand von 2,5 Mio € auf 1,5 Mio € abgebaut wurde.

Zudem will ich erneut daran erinnern, dass aus unserer Geldanlage sowie für die Konzessionsabgaben (Elektrizitäts-, Gas- und Wasserversorgung) fast eine Million Euro an Einnahmen in Form von Zinseinkünften fließen.

Unabhängig von dem eingangs erwähnten buchhalterischen Fehlbetrag von rund einer halben Million Euro, sehen wir unsere Finanzen durch die angesprochene und realistisch kalkulierte Einnahmensituation als stabil an.

Laufende Ausgaben

Bei den laufenden Ausgaben sind bei den Personalkosten deutliche Steigerungen zu verzeichnen, die allerdings auf tarifliche und gesetzliche Erhöhungen zurückzuführen sind. Zusätzlich fallen Zuführungen zu den Pensionskassen mit 324.000,00 € an.

Auch die Sach- und Dienstleistungen erfahren offensichtlich erneut eine überproportionale Steigerung.

Ich will in Erinnerung rufen, dass die Kreisumlage im Jahr 2003 noch 2,9 Mio € betrug. Für 2009 müssen 4 Mio € veranschlagt werden, das sind 457.000,00 € mehr als im Vorjahr. Auch das ist eine Steigerung, die sich hoffentlich in dieser Höhe so nicht fortsetzt.

Investitionen

Der Haushalt 2009 wird ganz entscheidend von den geplanten Investitionen geprägt. Sie sind uns in vielen Bereichen nicht neu, waren sie doch bereits für 2008 teilweise eingeplant, bzw. im mittelfristigen Investitionsplan der Sache nach erwähnt.

Im Investitionszeitenplan stehen bis 2012 noch einige finanziell relevante Projekte an, die wohl kostspielig wirken, zum Teil jedoch unumgänglich und notwendig sind.

Aufgezählt sei hier:

- das Tanklöschfahrzeug für die freiwillige Feuerwehr mit 345.000,00 €
- die geplante Ganztagschule im Mandelgraben mit ca. 750.000,00 €
- Investitionszuwendungen zur Rudolf-Wihr-Schule mit 460.000,00 €
- Investitionszuwendungen an die kirchlichen Kindergärten mit knapp einer Million Euro
- Ausbau der Gemeindestraßen mit ca. 1,2 Millionen €

- Für die Ortskernneugestaltung sind bereit bis 2012 im Investitionszeitenplan 2 Millionen € vorgesehen
- 430.000,00 € sind für den Ausbau der Südspange geplant.
- Der notwendige Ausbau des neuen Friedhofes wird in den nächsten Jahren mit ca. 1,2 Millionen € kalkuliert.
- Zur Entlastung des innerörtlichen Verkehrs und zur besseren Anbindung des Pfalzmarktes für die Landwirte sind abzüglich der Landeszuschüsse ca. 600.000,00 € eingestellt.

Ein wichtiger Hinweis zum Thema Investitionen:

Im Zuge der Konjunkturpakete stehen den Kommunen erhebliche Mittel für Investitionen zur Verfügung. Wir fordern die Verwaltung auf, zu prüfen, welche Maßnahmen in Mutterstadt mit Hilfe dieser Gelder möglich sind. Die SPD Fraktion wünscht sich von der Verwaltung schnelles Handeln, um Zuschüsse des Konjunkturpakets II zum Beispiel für energetische Maßnahmen an gemeindeeigenen Gebäuden, wie dem Rathaus und der Neuen Pforte für Mutterstadt realisieren zu können!

Erste Verbesserungen konnten durch die Wärmedämmung in der Pestalozzi-Schule und dem Haus der Vereine erzielt werden. Weitere Einsparungen erhoffen wir uns durch die Optimierung der innerörtlichen Straßenbeleuchtung.

Blick in die Zukunft

In der Bürgerumfrage der SPD im vergangenen Jahr haben uns sehr viele Mutterstadter ihre Anregungen, Sorgen, Ideen und Wünsche mitgeteilt.

Vieles davon haben wir bereits in Anträge gefasst und umgesetzt, Einiges steht noch aus.

So wurde auf Antrag der SPD Fraktion bereits 2007 ein Wochenmarkt initiiert, der in der Bevölkerung sehr gut angenommen wird. Diese Maßnahme zielte darauf ab, eine Lücke im Ortskern zu schließen, ist aber nach wie vor noch nicht genug, um die fehlenden Einkaufsmöglichkeiten zu ersetzen. Hier muss geprüft werden, welche Maßnahmen die Gemeinde direkt ergreifen könnte, bzw. wie sie Gewerbetreibende innerörtlich ermutigen und unterstützen kann.

Die gute Resonanz auf die Gründung eines Seniorenbeirates zeigt, dass wir mit unserem Antrag im Sinne der Mutterstadter Senioren gehandelt haben. Ihre Interessen finden hier eine Plattform und können nun durch den Rat diskutiert und vertreten werden. Wir bedanken uns bei allen Mitgliedern des Seniorenbeirates für Ihr Engagement, stellvertretend beim ersten Vorsitzenden Herrn Peter Almstedt.

In naher Zukunft steht die Umsetzung des SPD Antrages zur Ganztagschule an. Die Nachfrage bei Eltern ist hoch, Erfahrungen in anderen Gemeinden zeigen deren Erfolg.

Die Schaffung von Kindertagesplätzen für Zweijährige wird eine wichtige Investition in die Zukunft unserer Kinder.

Auch erwarten wir die Umsetzung unseres Antrages zur Eröffnung eines Waldkindergartens. Hier sehen wir eine sehr sinnvolle Ergänzung zu dem bereits vorhandenen, guten Angebot.

Letztes Jahr konnten wir das zehnjährige Jubiläum des Palatinums feiern. Erfreulicherweise findet der Veranstaltungsort auch überregional immer mehr Akzeptanz und die Auslastung weist eine positive Entwicklung auf. Hier bleiben wir weiterhin am Ball. Das Thema Verkehrsbelästigung war das beherrschende Thema unserer Bürgerumfrage. Wir sehen wie die Entlastung der örtlichen Strassen und Bürger immer mehr Form gewinnt.

So sehnen wir uns zum einen nach einer raschen Fertigstellung der Anbindung L524 an die B9. Danach können endlich stärkere Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung innerorts ergriffen werden, wie zum Beispiel ein LKW-Durchfahrtsverbot. Auch eine Ortskernentwicklung ist dann endlich möglich, der Bürgermeister hat ja bereits die Inangriffnahme einer Konzepterstellung angekündigt. Eine Sanierung der teilweise maroden Hauptstraßen ist nicht mehr aufschiebbar.

Zum anderen werden die Pläne einer Umfahrungsmöglichkeit für Landwirte in Richtung Pfalzmarkt immer konkreter. Für beide Seiten gibt es hier Vorteile. Die Landwirte erreichen rasch und ohne Behinderung ihr Ziel, die Bürger werden vom Lärm der zahlreichen Fahrzeuge entlastet. In diesem Zusammenhang erhoffen wir uns erneut den Erwerb weiterer Ausgleichsflächen.

Im vergangenen Jahr wurden vermehrt Belästigungen durch Personengruppen im Bereich Messplatz, Rathausvorplatz und einigen Spielplätzen gemeldet. Diese rücksichtslosen Störungen meist durch junge Menschen ist kein Phänomen das auf Mutterstadt begrenzt ist. Auch unsere Nachbargemeinden müssen sich damit auseinandersetzen. Wir begrüßen daher die gestartete Initiative des Bürgermeisters, hier auch in Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden aktiv zu werden, um solche Belästigungen zu vermeiden. Dank und Anerkennung

Das abgelaufene Jahr hat uns erneut bestätigt, dass Mutterstadt eine lebendige Wohngemeinde ist und diese Entwicklung wird sich nach unserer Überzeugung auch in diesem Jahr erfolgreich fortsetzen. Nicht nur in unseren unzähligen Vereinen stellen wir eine engagierte ehrenamtliche Tätigkeit fest. Auch außerhalb dieser festen Organisationen haben sich Bürger für das Gemeinwohl eingesetzt und zweifellos einiges bewegt und erreicht.

So will ich im Namen meiner Fraktion danken:

- Der lokalen Agenda 21, die mit der aktuellen Fortschreibung der „Indikatoren für ein nachhaltiges Mutterstadt“ in Zusammenarbeit mit der Verwaltung Ende letzten Jahres auf Fortschritte, aber auch auf vorhandene Defizite in den einzelnen Bereichen hinweisen konnte. Diese Ausarbeitungen dienen uns auch als sinnvolle Orientierung für unser weiteres politisches Handeln. Dank auch unsererseits für die jährliche Baumpflanzaktion, die sich als fester Bestandteil unseres Gemeinwesens etabliert hat.
- Dem Partnerschaftsverein für seine Aktivitäten mit unseren beiden Partnerstädten.
- Danke an Frau Otto und ihren Mitstiftern, für die Initiative zur Gründung einer Bürgerstiftung.
- Dank den engagierten Jugendlichen im Jugendgemeinderat mit ihrem Vorsitzenden Alexander Helbig, die eine sehr gute Arbeit machen. Die SPD-Fraktion wird dieses Gremium weiterhin tatkräftig unterstützen.
- Dank, den vielen Bürgerinnen und Bürgern, die nicht nur mit Wünschen, sondern auch mit konstruktiven Vorschlägen an unsere Fraktion und die Verwaltung herantraten, unsere kommunalpolitische Arbeit unterstützen und damit den Wohnwert unserer Gemeinde weiter verbessern.

Mit diesem Dank verbindet die SPD-Fraktion die Zusage, auch künftig weitere Ideen und Initiativen zu unterstützen und zu begleiten.

Wir wollen abschließend Dank sagen für die geleistete Arbeit

- Neben dem Bürgermeister auch den drei Beigeordneten, die nach unserer Kenntnis kollegial untereinander und mit dem Verwaltungschef vertrauensvoll zusammenarbeiten. Insbesondere unserem Klaus Leicht, dessen Fachkenntnisse speziell zum Thema Haushalt für unsere Fraktion unentbehrlich sind.
- Allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung. Erwähnt sei an dieser Stelle die positive Resonanz der Bürger auf die Einführung des Bürgerbüros
- Letztlich den Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen für die gute, konstruktive Zusammenarbeit im Gemeinderat und den Ausschüssen.

Die SPD Fraktion stimmt dem vorliegenden Haushaltsentwurf vorbehaltlos zu.

Haushaltsrede von Hartmut Kegel (FWG):

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Schneider, werter Herr Beigeordneter Leicht,

liebe Ratskolleginnen und -kollegen,

meine Damen und Herren,

nachdem meine Vorredner der anderen Fraktionen wie immer recht umfangreich ihre Sicht der Dinge dargelegt haben, möchte ich in gewohnter Manier prägnant die Stellungnahme der Freien Wählergruppe zum Haushaltsplan 2009 darlegen.

Finanzielle Gesamtsituation

Ein kurzer Rückblick auf das zurückliegende Haushaltsjahr 2008 zeigt, dass der Nachtragshaushalt einen Überschuss im Verwaltungshaushalt ausweist, was erneut auf höhere Einkommens- und Gewerbesteuern zurückzuführen ist. Ob sich dieses Phänomen auch in diesem Jahr zeigen wird, erscheint aus heutiger Sicht wegen der Wirtschaftskrise fraglich.

Der Haushaltsplan des Jahres 2009 folgt der Doppik und weicht somit von den Plänen vergangener Jahre ab. Durch die volle Wirksamkeit der gesamten Abschreibungen auf alle Vermögenswerte der Gemeinde, sowie die fiktiven Pensionsrückstellungen gerät der Ergebnishaushalt unweigerlich in ein dickes Minus von 556 000 €. Diese Art der Berechnung führt auch dazu, dass der Ergebnishaushalt im Plan der folgenden Jahre immer defizitär sein wird. Dieser fortlaufende Fehlbetrag widerspricht den Vorgaben im Haushaltsrecht, so dass entweder die Anforderungen der Doppik oder die Sanktionen im Gesetz, bei nicht ausgeglichenen Ergebnishaushalten, geändert werden müssen.

Ein Blick auf den Finanzhaushalt des Jahres 2009 zeigt, dass die laufenden Verwaltungsgeschäfte rund 13 Mill. € umfassen und mit einem Plus von 275 000 € veranschlagt sind. Dieser Betrag kann dem Investitionsbereich des Haushaltes zugeführt werden. Die dauernde Leistungsfähigkeit unserer Gemeinde, ausgedrückt durch die sog. „Freie Spitze“, ist auch für die kommenden Jahre gewährleistet.

Das geplante Investitionsvolumen beläuft sich auf rd. 2,9 Mill. € und beinhaltet größere Investitionen für den Ausbau der Kindergärten, des neuen Friedhofes, Erneuerung der Ortsstraßen und Maßnahmen im Außenbereich.

Demgegenüber stehen aber nur 1,4 Mill. € Einnahmen zur Verfügung. Eine Kreditaufnahme von 900 000 €, sowie eine Entnahme aus den Rücklagen in Höhe der verbleibenden Differenz, sollen einen Ausgleich schaffen.

Die Verringerung der hohen Kreditaufnahme kann durch eine Verlagerung geplanter Investitionen, aber auch durch einen verstärkten Grundstücksverkauf gemeindeeigener Grundstücke, erreicht werden.

Der Haushaltsplan in dieser neuen Form wurde von Herrn Hammer und seinen Mitarbeitern sorgfältig erstellt, erläutert und in den Ausschüssen vorbereitet.

Ortskerngestaltung

Meine Damen und Herren,

einen Hauptschwerpunkt ihrer Arbeit legt die freie Wählergruppe Mutterstadt auf die Ortsentwicklung und das Leben in unserer Gemeinde Mutterstadt. Als reine Kommunalpolitiker haben wir auf diesem Gebiet eine hohe Sachkompetenz, die wir immer wieder bei den Entscheidungen zur Ortsgestaltung einbringen.

Fachärzteezentrum

Angrenzend an das Seniorenheim besitzt unsere Gemeinde schon seit mehreren Jahren ein größeres Gelände, das einer Verwertung zugeführt werden muss. Wir, von der FWG könnten uns an dieser Stelle sehr gut ein Ärztehaus mit Facharztpraxen und angegliederten therapeutischen Behandlungsangeboten vorstellen. Der Standort in Ortsmitte, sowie eine ausgezeichnete Erschließung prädestinieren dieses Gelände für dieses Vorhaben.

Ruhestörung im Ortsbereich

Immer wieder gibt es Klagen aus der Bevölkerung wegen nächtlicher Ruhestörung durch Jugendliche. Diese passiert sowohl auf Straßen, als auch auf Schulhöfen, Spielplätzen und insbesondere auf dem Rathausparkplatz. Dies kann ich als direkter angrenzender Bewohner und Betroffener bestätigen. Das müssen gute Autofahrer sein, die Sonntagsabends mit quietschenden Reifen eine Laterne umkreisen und danach mit Tempo 70 auf die Ausfahrt zurasen. Ähnliche Belästigungen gibt es auch an anderen Orten. Das Ordnungsamt und die Polizei müssen hier mit Beteiligung des Jugendtreffs eine Abhilfe schaffen.

Kindertagesstätten

Um den Anforderungen der Landesregierung ausreichend Kindergartenplätze für Kinder ab 2 Jahren bereitzustellen, werden der kath. und ein ev. Kindergarten kindgerecht umgebaut bzw. erweitert. Die Zuschüsse aus unserem Gemeindeetat in Höhe von 900 000,00 € sind notwendig und gut angelegt, zumal wir im Neubaugebiet auf den Zuzug junger Familien setzen.

Agenda

Die lokale Agenda hat am 11. November vergangenen Jahres die jährliche Fortschreibung ihres Indikatorenberichtes vorgestellt. Die Turbulenzen auf dem Energiesektor der vergangenen Monate zeigen auf, wie wichtig das Einsparen von Gas oder Öl bzw. die Nutzung alternativer Energien ist. Besonders im Bereich Ausgleichsflächen und Verkehr werden wir uns verstärkt einbringen können. An dieser Stelle sei den Mitgliedern dieses Gremiums für ihren Einsatz gedankt.

Gewerbe

Jährlich stellt der Gewerbeverein am Tag der offenen Tür seine Leistungsfähigkeit unter Beweis. Die freie Wählergruppe schenkt den Gewerbetreibenden besondere Beachtung und hat zum Ziel in unserem Ort Fachgeschäfte und Dienstleister zu unterstützen. Die anstehende Erneuerung der Straßenbeleuchtung muss in Zusammenarbeit mit den ortsansässigen Firmen ausgeführt werden.

Verkehr

Die Straßen innerhalb unserer Ortslage sind in einem desolaten Zustand. Insbesondere die vier Hauptstraßen sind stark beschädigt. Der rechte Gehsteig in der Speyerer Straße wird von Autos und Lkws als Fahrbahn benutzt. Gravierende Schäden am Pflaster, sowie an vielen Gebäuden sind klar zu erkennen.

Die Anbindung der L 524 an die B 9 wird in diesem Jahr fertiggestellt werden und wird unsere Ortslage wirkungsvoll vom Pkw-Verkehr, vor allem jedoch vom Schwerverkehr entlasten.

Es ist mir jedoch unverständlich, dass das Auffüllmaterial für den Anschluss der L524 an die B9 mit großen Lastwagen durch unseren Ort transportiert wurde, die Lärmbelastigung erhöht, die Verkehrssicherheit gefährdet und die erwähnten Sachschäden erweitert wurden. Eine Dokumentation dieser Schäden sollte im Rahmen einer Ortsbegehung mit dem Leiter des Bauamtes, Herrn Klein festgehalten und Abhilfe geschaffen werden.

Der Transport dieser gewaltigen Erdmenge über die Autobahnausfahrt Schifferstadt führt durch keinen Ort und ist zudem für unser naheliegendes Gewerbegebiet bereits ausgeschildert.

Viele morgendliche Pendler, die ihren Arbeitsplatz im Rhein-Neckar Dreieck erreichen wollen, nutzen die Autobahnabfahrt Mutterstadt/Ruchheim, um über den Medardusring oder über die Ruchheimer/Oggersheimer Straße nach Ludwigshafen zu gelangen. Ein sinnvoller Anschluss der A65 an die Oggersheimer Straße kurz außerhalb des Ortes, wie bereits vor einigen Jahren geplant, würde den innerörtlichen Verkehr stark entlasten.

Bushaltestelle Alter Friedhof

Seit der Ansiedlung der Fa. Lidl ist ein besonderer Gefahrenpunkt durch Radfahrer an der Bushaltestelle am alten Friedhof ortsauswärts entstanden. Es muss verhindert werden, dass Personen beim Ein- und Ausstieg aus den Bussen durch Radfahrer gefährdet werden. Die Situation wird sich mit der Eröffnung des Schuhgeschäftes noch verschärfen. Zu prüfen ist deshalb, ob die Bushaltestelle verlegt werden muss.

Außenbereich

Meine Damen und Herren, die freie Wählergruppe besitzt durch die Besetzung im Rat durch zwei Landwirte eine hohe Sachkompetenz für den Gemarkungsbereich. Zuerst eine erfreuliche, weil für den Haushalt kostenfreie Nachricht.

Hochzeitswald

Ein Antrag der freien Wählergruppe aus dem Jahr 2005 geht in Erfüllung. In Absprache mit dem Forstamt wird im Mutterstadter Wald in der Nähe des alten Forsthauses ein freies Waldgelände zur Anlage eines Hochzeitswaldes zur Verfügung gestellt. Dadurch soll Paaren die Möglichkeit gegeben werden, anlässlich dieses Ereignisses einen Baum zu pflanzen.

Gewässer und Südspange

Die Planungen für die Südspange zum Hochwasserschutz für den westlichen Ortsbereich gehen weiter. In zähen Verhandlungen ist es gelungen, dass ein bedeutender Anteil dieses Grabeneinschnitts durch eine Verrohrung ersetzt wird und somit der Geländeverbrauch deutlich reduziert wird. Das neue Planfeststellungsverfahren muss dazu genutzt werden, die Belange der Gemeinde hinsichtlich einer geordneten Wasserwirtschaft, sowie den sinnvollen Ausbau unseres Wegenetzes voranzubringen.

Unsere Gemarkung ist insbesondere im westlichen Bereich von vielen Entwässerungsgräben durchzogen, für deren Pflege unsere Gemeinde jährlich 51 000,00 € aufwendet. Der Bewuchs an den Grabenrändern ist in weiten Bereichen ungepflegt und wuchert ungehindert in Rad- und Wirtschaftswege, sowie auf den angrenzenden Grundstücken. An einzelnen Grabenabschnitten ist schon der ursprüngliche Gehölzcharakter unter Schlingpflanzen erstickt. Aus Gründen der Verkehrssicherheit für Mensch und Maschinen, sowie zur Verjüngung der Gehölze sollte dieser Wildwuchs beseitigt werden.

Wirtschaftsweg Nordumfahrung

Ein neuer Wirtschaftsweg im nördlichen Gemarkungsbereich zu den Vermarktungszentren kann nur durch eine Neuordnung der Feldflur in diesem Gebiet zügig vorangebracht werden. Eine von staatlicher Seite großzügig geförderte Flurbereinigung dient unter anderem auch dazu, die Geländestruktur zu verbessern. Um unseren modern wirtschaftenden Betrieben eine zeitgemäße, umweltschonende Bewirtschaftung zu ermöglichen und eine gerechte Neuzuteilung für die Grundstückseigentümer zu erreichen, müssen alte Wege aufgelöst und neue geschaffen werden. Selbstverständlich bleiben genügend Wege für Spaziergänger und Radfahrer erhalten.

In Zusammenarbeit mit der örtlichen Bauernschaft hat die Bauverwaltung einen Vorschlag für einen neuen Wirtschaftsweg erarbeitet, der dazu dienen soll, den landwirtschaftlichen Verkehr um unseren Ort herumzuleiten.

Sehr geehrte Damen und Herren,

lassen sie mich abschließend dem Bürgermeister Hans-Dieter Schneider, den ehrenamtlichen Beigeordneten Lenz, Leicht und Strub für ihr Engagement danken.

Mein Dank gilt weiterhin allen Mitarbeitern der Verwaltung, im besonderen den Abteilungsleitern Hammer, Holzwarth, Klein, Becker und Geib, sowie der Gleichstellungsbeauftragte Frau Kercher für die geleistete Arbeit.

Den Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat und in den Ausschüssen sei für die konstruktive und sachbezogene Zusammenarbeit gedankt.

Unsere Sichtweise zeigt Entwicklungsmöglichkeiten und Chancen für ein besseres Lebensumfeld in unserer Gemeinde. Hierbei zeigt es sich, dass eine starke Wählergruppe als unabhängige Gruppierung, Entscheidungen zum Wohle der Bürger Mutterstadts, maßgeblich beeinflussen kann.

Der vorliegende Haushaltsplan 2009, aufgestellt nach den Anforderungen der Doppik, sowie der Investitionszeitenplan für die Jahre 2010-2012 stellen an die Verwaltung und an die Entscheidungsträger hohe Anforderungen. Wir von der Wählergruppe möchten zum guten Gelingen beitragen und stimmen dem Haushaltsplan zu.

Haushaltsrede von Dr. Ulrich Hettenbach (FDP):

Das erste Mal hat uns die Gemeindeverwaltung einen Haushaltplan vorgelegt, der nicht mehr der Kameralistik entspricht. Sie, Herr Hammer, haben versucht, uns in die Doppik einzuführen. Dennoch ist das Ziel des Gesetzgebers, mit dieser anderen Form der Aufstellung des Haushalts mehr Klarheit zu schaffen, zumindest bei der FDP-Fraktion noch nicht ganz erreicht worden. Wir haben jedoch das Wesentliche verstanden, dass nämlich der Gemeindehaushalt nach alter Art der Planaufstellung eine freie Finanzspitze von über 100 000 Euro aufwiese und sich damit im Rahmen der letzten Haushalte bewegt.

Im letzten Jahr konnte ein mehrfach vorgetragenes Anliegen der FDP-Fraktion verwirklicht werden, nämlich der Verkauf des nicht mehr benötigten Feuerwehrgerätehauses an den Türkisch Islamischen Kulturverein. Wir freuen uns, dass außer Bündnis 90/Die Grünen, die von Anfang an die gleiche Forderung gestellt hatten, auch CDU- und SPD-Fraktion dem Verkauf zugestimmt haben. In den letzten Tagen konnte man allgemein hören, dass die Integration vor allem von Migranten aus der Türkei nur wenig Fortschritte macht. Die Gemeinde hat mit dem Verkauf des Feuerwehrgerätehauses einen wichtigen Schritt zur Integration der türkisch stämmigen Bewohner Mutterstadts gemacht.

Ein weiteres wichtiges Vorhaben vergangener Jahre war die Herstellung eines Radweges nach Limburgerhof. Leider erst Jahre nach der Schließung der Hauptschule in Mutterstadt ist auch dieser Punkt endlich verwirklicht worden. Dieser Radweg dürfte vor allem der Sicherheit der Mutterstädter Schüler zu Gute kommen.

Ganz allmählich nimmt auch der von allen Ratsmitgliedern geforderte Anschluss der L524 an die B9 Gestalt an. Mit seiner Fertigstellung wird sich die Verkehrssituation vor allem im südlichen Bereich unserer Gemeinde entspannen. Sollte der Anschluss nicht den gewünschten Effekt von weniger Lastzugfahrten durch die Gemeinde bringen, setzt sich die FDP-Fraktion erneut dafür ein, ein generelles Durchfahrtsverbot für LKW's auszusprechen. Auch andere flankierende Maßnahmen, wie die Ausweisung einer Umweltzone sind denkbar, so dass dann nur Fahrzeuge mit Feinstaubplakette einfahren dürften.

Leider entwickelt sich nun der Medardusring im westlichen Teil zu einem wachsenden Ärgernis und einer großen Gefahrenquelle. Die FDP-Fraktion hat sich frühzeitig für Fahrbahnverengungen eingesetzt. Dies war jedoch nur eine kurzfristige Notmaßnahme, da landwirtschaftlichen Fahrzeugen aus Richtung Ruchheim auf ihrem Weg zum Pfalzmarkt keine alternative Strecke geboten wird. Es ist erfreulich, dass im Landwirtschafts- und Umweltausschuss bereits über Vorschläge zur großräumigen Umfahrung des Medardusring beraten werden konnte. Die FDP-Fraktion unterstützt die Pläne der Verwaltung zum Bau einer solchen Umfahrung und setzt sich für eine zügige Umsetzung ein, auch wenn dies die Gemeinde mit einem hohen sechsstelligen Eigenanteil belasten wird.

Die seit Jahren bestehende Geruchsproblematik stellt immer noch eine Belästigung vor allem für die Anwohner im südlichen Bereich dar. Allerdings sind nach unserem Eindruck die Beschwerden nicht mehr so häufig. Dazu beigetragen hat sicher die Bürgerinitiative, der wir dafür danken, in dieser Sache nicht locker zu lassen.

Unser Dank gilt auch der Lokalen Agenda 21, die uns alljährlich aufzeigt, was sich gebessert, aber auch was sich verschlechtert hat. Eine wichtige Maßnahme zur Energieeffizienzsteigerung und zur Emissionsminderung ist der Bau einer neuen Heizungsanlage für Rathaus und Neue Pforte. Leider ist das uns vorliegende Gutachten in vielen Punkten unklar oder sogar anzuzweifeln, so dass daraus keine konkrete Maßnahme abgeleitet werden kann. Es bleibt zu hoffen, dass trotzdem kurzfristig eine gute technische und wirtschaftliche Lösung gefunden werden kann. Eile ist geboten, um dafür Mittel aus dem Investitionsprogramm der Bundesregierung zu erhalten.

Wir freuen uns außerdem über die Bürgerinitiative, die in kürzester Zeit von Frau Otto dem Gemeinderat vorgestellt, geplant und ins Leben gerufen werden konnte. Erste Aktionen dieser Bürgerstiftung laufen bereits. Wir danken Frau Otto und ihren wackeren Mitstreitern dafür.

Abschließend möchte ich mich bei Bürgermeister, Beigeordneten und allen Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat für die in der Sache oft kontroversen, im Ton aber meist freundlichen Diskussionen bedanken. Das Klima im Gemeinderat ist in den letzten 18 Monaten wesentlich besser geworden; dafür möchten wir Ihnen, Herr Bürgermeister Schneider, ganz persönlich danken. Wir wünschen auch dem neu zu wählenden Rat, dass in ihm auch in Zukunft keine Vertreter der extremen Rechten und der Linken sitzen werden und er sich diesen guten Umgang mit einander bewahren kann.

Die FDP-Fraktion stimmt dem Entwurf für den Haushalt 2009 der Gemeinde Mutterstadt ohne Einschränkungen zu.

Haushaltsrede von Gabi Odermatt-Altwater (Bündnis 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren!

Auch im vorliegenden Haushalt steigen wieder die Ausgaben für den Posten Heizenergie.

In den zurückliegenden Jahren wurde zwar ein Grundsatzbeschluss zur Heizungssanierung im Rathaus und Neuen Pforte gefasst. Passiert ist aber nicht all zu viel. Einmal wurde das Projekt aus Haushaltsgründen verschoben und im letzten Jahr kamen die Beratungen nicht so recht vom Fleck.

Damit ging ein weiteres Jahr ins Land ohne dass eine Entscheidung zur Heizungssanierung im Rathaus und der Neuen Pforte getroffen wurde.

Die vorhin geäußerte Information von Herrn Bürgermeister Schneider, Mittel des Konjunkturprogramms des Bundes an dieser Stelle einzusetzen zu wollen, ist meines Erachtens der richtige Weg.

Aber mit einer Erneuerung der Beheizung der Neue Pforte zusammen mit dem Rathaus ist es nicht getan. Das gesamte Gebäude Neue Pforte ist durch die bauliche Gestaltung ein richtiger Energiefresser. Der Primärenergiebedarf ist mit 292 KWh/Jahr pro m² jenseits von gut und böse. Mal zum Vergleich: Nach heutigen Vorschriften EnEV (Energieeinsparverordnung) dürfte der Bedarf höchstens bei 70 KWh/Jahr pro m² liegen, Passivhäuser liegen bei 15 KWh/Jahr pro m².

Meines Erachtens kann auch der besondere Schutz des Architektenentwurfs nicht für alle Zeit das Argument sein um Änderungen zu verhindern, die das Gebäude energetisch zukunftsfähig machen.

Zum Beispiel muss man über die Außenwände und die Betonpfeiler reden, denn alleine deren Dämmung würde ca. 40 % Einsparung bringen.

Das Urheberrecht des Architekten kann nicht auf Dauer die Gemeinde dazu verpflichten den Weltraum zu heizen.

Hier erwarte ich Vorschläge der Verwaltung!

Sehr geehrte Damen und Herren!

Von Bündnis 90/Die Grünen wurde bei den Beratungen zu Haushalt 2008 der Antrag zur „Förderung von Energieeinsparung und Abfallvermeidung an Grundschulen und Kindergärten“ eingebracht.

Die Verwaltung hat uns mitgeteilt, dass im Rahmen einer besseren Kostenzuordnung Zählleinrichtungen im Jahr 2009 installiert werden sollen, um die Verbräuche exakt zuordnen zu können.

Daher kann der Antrag erst im Jahr 2010 bearbeitet werden.

Wir hoffen, dass die Installierung der nötigen Zähler erfolgt, damit die Einsparaktion im Jahr 2010 gestartet werden kann.

Auch bei diesem Thema kann man nur sagen: Es gibt Nichts Gutes - außer man tut es.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Überlegung der Gemeinde Mutterstadt auf dem Dach des Palatinums eine Photovoltaikanlage zu installieren wird von Bündnis 90/Die Grünen sehr begrüßt.

Leider gingen die Beratungen im Jahre 2008 nicht so weit, so dass eine Entscheidung noch offen ist.

Dass die Maßnahme nicht im Jahr 2008 abgeschlossen wurde ist für die Gemeinde kein Vorteil.

Wäre z. B. die Anlage noch im Jahr 2008 ans Netz gegangen, dann wäre die Einspeisevergütung nach dem EEG auf der besseren Berechnungsgrundlage in Höhe von 44 Cent erfolgt.

Sollte die Installation im Jahr 2009 erfolgen, dann gibt es halt nur 40 Cent pro KWh Einspeisevergütung.

Hört sich wenig an, ergibt jedoch über die Laufzeit von ca. 20 Jahren eine schöne Summe

Auch hier kann mit Erich Kästner sagen: Es gibt Nichts Gutes - außer man tut es.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Eine Menge tut sich in Sachen Verkehrsanbindung des Gewerbegebietes an die B 9. Unabhängig davon wie man diese Maßnahme früher bewertet hat wird sie nun Realität. Aus diesem Grund muss auch die Verkehrsberuhigung im Ort Realität werden.

Dringend erforderlich ist es den Durchgangsverkehr zu beruhigen und das Radfahren im Ort ungefährlicher zu gestalten.

Dazu müssen die schon lange vorhandenen Pläne auf den Tisch und diese müssten zügig umgesetzt werden.

Auch wäre öffentlicher Druck in Sachen Durchfahrtsverbot für Lkws zwingend nötig und dafür hat der Bürgermeister zumindest von den Grünen die Unterstützung.

Zum Thema Radfahren in Mutterstadt hat Bündnis 90/Die Grünen zwei Anträge vorgelegt, bei denen die Sicherheit der Radler/Radlerinnen und der Fußgänger im Vordergrund stehen. Insbesondere geht es um einen Radweg der zum kleinen Einkaufszentrum bei Lidl, in Fahrtrichtung rechts, führen soll und um die sichere Umfahrung des Bushaltepunktes „Alter Friedhof“ am Ortseingang von Maudach kommend.

Der Weg zum Lidl ist für Radler und wartende Fahrgäste an der Haltestelle sehr gefährlich und wenn sich an der Stelle nichts tut, wird früher oder später ein Unfall passieren.

Mir ist zwar bekannt, dass der Um- und Ausbau der Ludwigshafener Straße geplant ist und dass möglicherweise auch die Kreisverwaltung gefragt ist. Dennoch wäre aus unserer Sicht das Vorziehen dieser Maßnahmen im Interesse der Mutterstadter Bürgerinnen und Bürger, die ihre Besorgungen per Rad erledigen, erforderlich.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ein weiterer Punkt für ein umweltfreundliches Mutterstadt ist die Verbesserung der Ortsgestaltung durch mehr Bäume an öffentlichen Straßen und Plätzen, sowie die Erhaltung und der Ausbau von mehr grünen Oasen im Ortskern. Beispielhaft möchte ich erwähnen, dass an der Ludwigshafener Straße, zwischen dem Alten Friedhof und der Neuen Pforte derzeit kaum ein Baum im öffentlichen Raum steht und dadurch der Ort sehr steril wirkt.

Gleiches gilt für den Kreuzungsbereich Neustadter-/Oggersheimer Straße, zumal in diesem Bereich die Abgasbelastung zwar unter der gesetzlichen Norm aber dennoch stärker vorhanden ist als an anderen Plätzen im Ort.

Positiv möchte ich erwähnen, dass durch weitere Pflanzungen von Obstbäumen durch die Damen und Herren der Agenda 21 die Fläche der Streuobstwiesen ausgedehnt wurde.

Aber auch die vorhandene Substanz ist zu schützen.

Nach meiner Auffassung wäre zum Erhalt der Bäume im Ortskern zu prüfen wie man Verbesserungen erzielen kann. Inwieweit könnte durch rechtzeitige Baumpflegemaßnahmen die vorhandenen Bäume besser vor Sturmschäden geschützt werden?

Ist das Personal, das die Arbeiten ausführt, auch richtig und umfassend geschult?

Könnte man durch Auflockerung des Schotterrasens den Bäumen des alten Jahngartens am Palatinum wieder bessere Wachstumsbedingungen bieten?

Dies alles sind Maßnahmen, die teilweise auch mit kleinem Geld, in Mutterstadt für mehr Grün sorgen könnten.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Am Ende meiner Ausführungen möchte ich noch den erfolgreichen Abschluss des Projekts „Verkauf alte Feuerwache“ an den türkisch-islamischen Verein Mutterstadt ansprechen.

Durch rechtzeitige und umfassende Bildung eines sogenannten runden Tisches mit den Käufern, allen im Rat vertretenen Parteien, den Kirchen und vor allem der Bürgerinnen und Bürger war ein offener Umgang miteinander gegeben und eine Vertrauensgrundlage geschaffen.

Sicherlich waren die Verhandlungen um die Vertragsgestaltung nicht leicht, aber gerade durch die geschaffene Vertrauensgrundlage des runden Tisches war dieses Ziel zu erreichen.

Ich glaube, dass die Mitglieder des türkisch-islamischen Vereins stolz sind, demnächst ein ordentliches Gemeindezentrum und Gebetshaus in Mutterstadt eröffnen zu können.

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich möchte mich auch ausdrücklich beim Bürgermeister Herrn Schneider bedanken, dass er das Problem angepackt und gelöst hat. So ähnlich wünschen wir uns das auch bei anderen Problemen.

Dies ist auch für mich der Grund, dass ich dem vorgelegten Haushalt zustimme. Es ist gewissermaßen ein Vertrauensvorschuss für 2009.

Mein besonderer Dank gilt auch für alle Damen und Herren der Verwaltung, die das Projekt „Doppischer Haushalt“ bewältigen mussten. Der vorgelegte Haushaltsplan wurde sehr übersichtlich und nachvollziehbar gestaltet.

Einstimmiger Beschluss:

Die Haushaltssatzung mit doppeltem Haushaltsplan 2009 wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.

**Einführung der Realschule Plus am Rudolf-Wihr-Schulzentrum
Limburgerhof zum Schuljahr 2009/2010**

Zum Betrieb des Rudolf-Wihr-Schulzentrums Limburgerhof wurde im August 2005 zwischen dem Rhein-Pfalz-Kreis und den Gemeinden Altrip, Limburgerhof, Mutterstadt und Neuhofen ein öffentlich-rechtlicher Vertrag geschlossen.

Der Landtag hat am 11.12.2008 die Einführung der Realschule Plus in Rheinland-Pfalz beschlossen. Die Kreisverwaltung hat mitgeteilt, dass die Schulgremien an einer Einführung der Realschule Plus in kooperativer Form bereits zu Beginn des Schuljahres 2009/2010 und damit einer Auflösung der Hauptschule zu diesem Zeitpunkt interessiert sind. Die Kreisgremien Schulträgersausschuss, Schulausschuss und Kreistag haben dem Vorhaben inzwischen zugestimmt.

Die Schüler der Haupt- und Realschule werden ausweislich der gesetzlichen Übergangsregelung in ihren Bildungsgängen in der Realschule Plus weiter beschult, so dass deren Rechte nicht beeinträchtigt werden.

In einem Abstimmungsgespräch hat der zuständige 1. Kreisbeigeordnete Herr Elster am 14.01.2009 mit den Bürgermeistern der vier Vertragspartner-Gemeinden den Sachverhalt erläutert und die finanziellen Auswirkungen besprochen.

Demnach würde ab 01.08.2009 die Kostenerstattungspflicht der Gemeinden entfallen, da die bisherige Hauptschule als Bestandteil der Realschule Plus in Trägerschaft des Kreises weitergeführt wird. Auch die verbleibenden Zins- und Tilgungsleistungen für Altkredite würden ab dem gleichen Datum den Gemeinden nicht mehr belastet.

Die Bürgermeister aller vier Gemeinden waren sich einig, dass dem Vorhaben zugestimmt werden sollte, zumal sich daraus erhebliche Einsparungen für die Kommunen ergeben.

Einstimmiger Beschluss:

Der Einführung der Realschule Plus am Rudolf-Wihr-Schulzentrum in Limburgerhof zu Beginn des Schuljahres 2009/2010 wird zugestimmt.